

Niederschrift
über die Sitzung der Bezirksvertretung Jöllenbeck
am 09.03.2023

Tagungsort: Aula der Realschule Jöllenbeck
Beginn: 17:00 Uhr
Sitzungspause:
Ende: 21:15 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Herr Mike Bartels (SPD)

CDU

Herr Erwin Jung

Frau Heidemarie Lämmchen

Herr Rico Sarnoch

Herr Frank Strothmann

Vorsitzender, Ratsmitglied

SPD

Herr Thorsten Gaesing

Herr Burkhard Kläs

Frau Sarah Marlen Thöne

Vorsitzende

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Klaus Feurich-Tobien

Frau Dr. Silke Ghobeyshi

Frau Vanessa Kleinekathöfer

Vorsitzender, Ratsmitglied

FDP

Herr Dr. Bodo Holtkamp

Die Linke

Herr Matthias Benni Stiesch

AfD

Herr Dr. Günter Dobberschütz

Beratende Mitglieder nach § 36 GO

Frau Dorothea Brinkmann (SPD)

Herr Gregor vom Braucke (FDP)

Von der Verwaltung:

Herr Gregor Novak

Frau Susanne Beckmann

Herr Andreas Kunert

Frau Andrea Strobel

Herr Andreas Hansen

Immobilienervicebetrieb (230)

Amt für Schule (400)

Amt für Schule (400)

Bezirksamt Jöllenbeck, Schriftführerin

Bezirksamt Jöllenbeck

TOP 3 - 5

TOP 3 – 5

TOP 3 - 5

Von der GfS – Gesellschaft für Sozialarbeit Bielefeld e.V.

Frau Friederike Kneip

Die Stadtteilmütter:

Frau Salome Chigosie, Frau Weyni Negasi, Frau Vitore Zefi, Frau Atie Ali, Frau Asmara Ibrahim, Frau Gulistan Mohammad, Frau Sheima Ebed und Frau Iraida Andriushechkina als Neuzugang.

Nicht anwesend:

Frau Yvonne Quest (CDU)

Öffentliche Sitzung:

Herr Bezirksbürgermeister Bartels eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung hierzu und die Beschlussfähigkeit der Bezirksvertretung fest.

Der Tagesordnungspunkt 9.5 – Änderungsantrag zur Drucksachen-Nr. 4324/2020-2025 „Außerschulische Nutzung von Schulaußenanlagen“ – muss unter Punkt 10.1 beraten werden.

Herr Bartels schlägt vor, dass die Tagesordnung unter TOP 3 unterbrochen wird, um Einwohnerinnen und Einwohnern die Gelegenheit zu geben, mit der Fachverwaltung zu diskutieren.

einstimmig beschlossen

Zu Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Jöllenbeck

1.1 In der Einwohnerfragestunde am 09.03.2023 stellte Herr Sander (Leiter der Grundschule Dreekerheide) folgende Fragen:

- a. Wann und wie wird die bereits besprochene Umgestaltung des Bereichs vor der Grundschule Dreekerheide durchgeführt?*
- b. Die Grundschule Dreekerheide ist wegen der Erweiterung zur OGS für einen Erweiterungsbau vorgesehen. Es gab Überlegungen zum Standort. Wo der Schulträger diesen Bau geplant hat, ist es nicht sinnvoll. Vom Team Schulbau kam die Information, dass ein anderer Standort angestrebt wird. Wann wird besprochen oder beschlossen, wie die andere Lösung des Standorts aussehen soll?*

Antwort der Verwaltung:

Zu a) Nach Rücksprache mit dem Schulleiter der Grundschule Dreekerheide, Herr Sander, wird im Frühjahr 2023 ein Ortstermin federführend durch das Amt für Schule und unter Beteiligung des ISB und UWB zur Umgestaltung des genannten Bereichs durchgeführt.

Zu b) Am 01.03.2023 hat eine Begehung mit der Schulleitung der Grundschule Dreekerheide, dem Amt für Schule und dem ISB stattgefunden, bei dem die Standortproblematik erörtert und ein weiteres Vorgehen abgestimmt wurde.

Herr Sander wurde mit Schreiben vom 03.03.2023 informiert.

1.2 Herr Ernst-August Strathmann, Dorfstraße 24, geht es um den Parkstreifen an der Dorfstraße. Geschäfte haben es schwer zu überleben. Ist es möglich, den Parkstreifen zu erhalten und eine gemeinsame Lösung mit dem Fahrradverkehr zu finden? Die Sicherheit der Fahrradfahrer und die Erreichbarkeit der Geschäfte müssen beide gewährleistet bleiben. Der Parkplatz an der Sporthalle der Realschule Jöllenbeck ist nur für dortige Veranstaltungen erlaubt und darf nicht von der Allgemeinheit genutzt werden. Ist es möglich, diese Parkplätze für die Allgemeinheit frei zu geben?

Herr Bezirksbürgermeister Bartels bedankt sich zunächst bei Herrn Strathmann, dass bei Veranstaltungen in Jöllenbeck auf seinem privaten Parkplatz geparkt werden darf. An die Verwaltung wurde ein Prüfungsauftrag gestellt, wie der Radverkehr auf der Dorfstraße sicherer gestaltet werden kann. Herr Bartels würde sich freuen, wenn Herr Strathmann wieder in die Bezirksvertretung kommen würde, wenn das Thema wieder auf der Tagesordnung steht.

Die Fragen von Herrn Strathmann werden an die Fachverwaltung geleitet.

-.-.-

Zu Punkt 2

Zertifikat für Stadtteilmütter im Oberlohmanshof

Herr Bezirksbürgermeister Bartels begrüßt Frau Friederike Kneip (Stadtteilkordinatorin bei der Gesellschaft für Sozialarbeit - GfS) sowie die 7 Stadtteilmütter:

Frau Salome Chigosie
Frau Weyni Negasi
Frau Vitore Zefi
Frau Atie Ali
Frau Asmara Ibrahim
Frau Gulistan Mohammad
Frau Sheima Ebed

Alle Stadtteilmütter sind an ihrem blauen Schal erkennbar.

Herr Bartels erklärt, dass diesen 7 Stadtteilmüttern heute ein Zertifikat überreicht wird, welches sie zuvor erworben haben. Es ist eine schöne Gelegenheit, sie und ihre Tätigkeiten im Oberlohmanshof vorzustellen.

Frau Kneip freut sich, dass sie und die Stadtteilmütter heute in der Bezirksvertretung sein dürfen. Sie berichtet von der positiven Entwicklung von deren Tätigkeiten. Nach nun 2 Jahren Ausbildung erhalten sie heute das Zertifikat. In den Tätigkeiten der Stadtteilmütter geht es um niedrigschwellige Beratungen und um schnelle und unkomplizierte Hilfe.

Einen Eindruck vermittelt ein kurzer Film, der vom WDR erstellt wurde und in der Bezirksvertretung vorgeführt wird.

Das Projekt wird seit 2020 am Oberlohmanshof umgesetzt und gibt es bereits seit 2008 in Bielefeld mit inzwischen 7 Standorten. Es wird vom Büro für integrierte Sozialplanung und Prävention begleitet. Tätigkeitsfelder sind z.B. der Schwerpunkt aus 2022 das Energiesparen, aber auch z.B. die Anmeldung zur Kindertagesbetreuung, Übersetzung im Alltag bei Terminen im Rathaus, beim Arzt, in der Schule etc. Ausbildungsinhalte waren: 1. Hilfe-Kurse, Stadtwissen, Kindertagesbetreuung, sexualisierte Gewalt – Erkennen und Handeln -, Verträge – Rechte und Pflichten -, digitaler Alltag, Multiplikatorinnen-Schulung Energie.

Frau Kneip überreicht mit großer Freude die 7 Zertifikate.

Die Stadtteilmütter stellen sich und ihre Tätigkeiten im Oberlohmanshof kurz vor. Sie sprechen die Muttersprachen Albanisch, Arabisch, Englisch, Kurdisch, Igbo (Nigeria), Tigrinya (Eritrea).

Zum Schluss bittet Frau Kneip Frau Iraida Andriushechkina nach vorn. Sie ist neu bei den Stadtteilmüttern, unterstützt künftig mit Russisch, und erhält heute ihren blauen Schal überreicht.

Zu Punkt 3

Zugerweiterungen sowie OGS-Erweiterungen an Bielefelder Grundschulen **hier: GS Dreekerheide (Pos. 53, städtisches Bauprogramm)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5692/2020-2025

Die Tagesordnungspunkte 3 – 5 wurden unter TOP 3 gemeinsam diskutiert.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat im Vorfeld Fragen eingereicht. Das Amt für Schule hat wie folgt Stellung genommen (**siehe Anlage 1 zum Protokoll**).

Eingangs der Sitzung gibt Herr Bezirksbürgermeister Bartels eine persönliche Erklärung ab (**siehe Anlage 2 zum Protokoll**).

Herr Bezirksbürgermeister Bartels berichtet von einem Gespräch der Bezirksbürgermeister bei Herrn Oberbürgermeister Clausen auch in Vorbereitung auf dieses Thema. Er hat Herrn Oberbürgermeister Clausen einen Brief geschrieben. Die Antwort wurde allen Bezirksvertretungsmitgliedern zur Kenntnis gegeben.

Herr Bartels ist irritiert, dass das Thema Schulerweiterung Dreekerheide so kurzfristig auf die Tagesordnung gesetzt wurde.

Herr Bartels bittet die Anwesenden aus der Fachverwaltung, sich kurz vorzustellen.

Anwesend sind vom Amt für Schule Frau Beckmann und Herr Kunert und vom Immobilienservicebetrieb Herr Novak.

Frau Beckmann berichtet über grundlegende Informationen:

- Ganzheitlicher Schulentwicklungsplan für die Jahre 2020 - 2030
- deutlicher Anstieg der Schülerzahlen
- 3 neue Grundschulen in Gellershagen, Sennestadt und Sieker
 - Einrichtung von bis zu 9 zusätzlichen Zügen, die im August 2024 in Interims in Betrieb gehen sollen
- Weiterer Bedarf von 10 zusätzlichen Zügen an Grundschulen
- Darstellung der Schulbaumaßnahmen im Bauprogramm der Stadt Bielefeld mit mehr als 100 Einzel- oder Sammelpositionen, davon 83 Positionen den Schulbau betreffend

- Jetzt im März 2023 werden nun insgesamt für 13 Schulstandorte die entsprechenden Maßnahmen zur Beschlussfassung vorgestellt und zum Sachstand der Planung zu weiteren 18 Standorten berichtet
- 31 Ausbaumaßnahmen für die Schulform Grundschule
 - 10 Zugerweiterungen an Grundschulen
 - 21 Standorte mit OGS-Ausbauten
- Systembauweise, da Stein-auf-Stein zu lange dauert.

Herr Novak berichtet zu folgenden Themen:

- Systembauweise
- Bericht über Fehlbedarf vom Amt für Schule an den Immobilienservicebetrieb
- Funktionsdiagramme
- Zugerweiterungen
- Kleiner und großer Systembau mit Mensen und Küchen im EG und Auffüllung mit Mehrzweck- und Gruppenräumen
- Abstimmung mit Schulleitungen und weiteren städt. Ämtern
- Konzept (erforderliche Flächen) für Mensa und Küche in Zusammenarbeit mit Großküchenplaner
- Umgang mit vorhandener Struktur wie z.B. Wegebeziehungen, Gelände oder Beleuchtung
- Keine Systembauweise in der GS Dreekerheide möglich
- 2025/26 sollen erste Gebäude in Betrieb genommen werden – die Priorisierung ist abzusprechen
- Erweiterung der Grundschule Vilsendorf mit einem kleinen Systembau, 2-geschossig, nordöstlich des Bestandsgebäudes
 - Abstandsflächen, Feuerwehrezufahren etc. werden eingehalten
 - Abstimmung mit dem Umweltamt wegen entfallender Bäume und deren Ausgleichspflanzungen auf dem Schulgelände
 - Gefasste Schulhofsicherung
 - Ausgleich bzw. Versetzung von Spielgeräten

Frau Lämmchen (CDU) sieht zur Erweiterung der GS Vilsendorf nur Mehrweckräume für den OGS-Ausbau, keine Klassenräume.

Herr Novak erklärt, dass es die Räume den OGS-Ausbau betreffen. Das sind keine Klassenräume, sondern z.B. Räume für die Nachmittagsbetreuung. Wenn die Schule die Räume lieber als Klassenräume nutzen kann, wird das Amt für Schule dem sicher nicht widersprechen.

Frau Lämmchen entgegnet, dass in Vilsendorf auch Klassenräume fehlen.

Herr Sarnoch (CDU) ist der Ansicht, es werde zu klein und nicht optimal gebaut, besonders in Vilsendorf, obwohl Vilsendorf auch wachse. In Jöllenbeck gibt es die Trennung der Realschule in 2 Standorte. Man könnte den ehem. Standort Hauptschule zu einer Grundschule machen. Auf dem Feld neben der Realschule könnte ein sehr großes Schulzentrum entstehen.

Herr Bartels erklärt, man habe 2024 in Vilsendorf den Bedarf einer 3-Zügigkeit in allen 4 Klassen. Das Baugebiet Blackenfeld und das der Kirchengemeinde sind noch nicht einbezogen. Die OGS-Erweiterung soll erst 2029 Realität werden. In 3 Jahren wird aber in Vilsendorf ein 3. Zug benötigt. Er kann den Argumenten nicht folgen.

Herr Sarnoch erinnert daran, dass das Stadtgebiet Jöllenneck bis zum Obersee reicht. Bis dahin muss jeder Bedarf durch die GS Vilsendorf abgedeckt werden. Herr Sarnoch sagt, man werde - wie in Theesen - hingehalten. Zwischen Theesen und Vilsendorf fehle eine komplette Grundschule. Stets werde auf fehlende Mittel verwiesen.

Frau Kleinekathöfer (Bündnis 90/Die Grünen) hat Fragen eingereicht, die beantwortet und in der Anlage 1 zum Protokoll abgebildet sind. Es wird eine große KiTa im Baugebiet geplant, nach der KiTa müssen die Kinder wohnortnah versorgt werden. Die derzeitige Planung ist keine Lösung.

Frau Beckmann erklärt, dass im Rahmen des Ganzheitlichen Schulentwicklungsplans Handlungsgebiete definiert wurden mit der Handlungsempfehlung, Theesen und nicht Vilsendorf auszubauen. Mehrzweckräume können auch als Klassenräume genutzt werden. Ab 2026 besteht ein Anspruch auf einen OGS-Platz. Klassen- und OGS-Räume können getauscht werden. Vilsendorf wird im 3-jährigen Mittel auf eine 2,5-Zügigkeit geplant. Das wird berücksichtigt.

Herr Jung (CDU) kritisiert, dass es zu lange gedauert habe, den Schulentwicklungsplan auf den Weg zu bringen. Man müsse mit den Sünden der Vergangenheit kämpfen. Leidtragend sind die Kinder. Er hält es für sinnvoll, in Vilsendorf sofort 3-geschossig zu planen

Herr Kunert erklärt, dass das geprüft werde. Derzeit gehe man von einer 2,5-Zügigkeit aus.

Herr Novak sagt, über ein 2. Obergeschoss wäre nachzudenken. Das wurde vom Bauamt baurechtlich als möglich erachtet.

Herr Bartels gibt den alten Baubestand der Grundschule Vilsendorf zu bedenken. Bei Schneefall sind die überdachten Wege nicht nutzbar, da sie einsturzgefährdet sind.

Frau Thöne (SPD) erklärt, lt. Schulministerium müssen ab 57 Anmeldungen 3 Klassen gebildet werden, welche sie in den Mehrzweckräumen nicht wiederfindet.

Herr Kunert betrachtet die Schulen im Handlungsgebiet. Er sieht Probleme und Fragestellungen, z.B.:

- Wie verteilt man gerecht, wenn an einer Schule 6 Anmeldungen mehr, an einer anderen 5 und in einer weiteren Plätze frei sind?
- Welche Handlungsmöglichkeiten zur Optimierung gibt es, eine möglichst gute Unterbringung zu schaffen?

Herr Sarnoch fragt erneut, warum nicht eine neue Schule zwischen Vilsendorf und Theesen gebaut werden könne. Andere Standorte würden dadurch aufgewertet werden können. Warum werde in anderen Stadtbe-

zirken gehandelt, in Jöllenbeck jedoch nicht? Es muss größer gedacht werden. Der Bau in Theesen helfe nicht, weil das auch schon wieder zu klein sei.

Frau Beckmann antwortet, wenn neu gebaut werden soll, muss für das Genehmigungsverfahren bei der Bezirksregierung Detmold ein Bedarf von mindestens 2 Zügen durchgängig für mindestens 5 Jahre nachgewiesen werden.

Herr Novak erläutert die Planung für den Modulbau in der GS Theesen und geht auf folgende Themen ein:

- Lageplan
- Zugerweiterung
- Klassenräume
- Differenzierungsräume
- Küche und Mensa im EG
- Kurze Anbindung zwischen den Baukörpern
- Anlieferung über die Nohlstraße
- Stellplätze
- Barrierefreie Erweiterung
- Fahrradstellplätze
- Erweiterung der Schulhoffläche
- Verlagerung des Baukörpers auf Stellplätze betrifft Fördergelder

Herr Sarnoch regt an, den Parkplatz und das neue Gebäude zu tauschen. Auch ein zusammenhängendes Schulgebäude wäre möglich.

Diverse Standortmöglichkeiten des Erweiterungsbaues werden diskutiert.

Herr Novak erklärt, was die verschiedenen Standortvorschläge für Folgen mit sich bringen, weiterer Fehlbedarf bei Abbruch von Bestandsgebäuden (bestehende OGS-Gebäude), Einhaltung von Abstandsflächen bei einer höheren Geschossigkeit. Bei Verlegung von Parkplätzen folgt ein höheres Verkehrsaufkommen im Wohngebiet.

nimmt die Anregungen zur Prüfung mit.

Frau Beckmann verweist auf die Gefahr, dass bei einer Verwerfung der vorliegenden Planung die Planung wieder von vorn beginnen müsse und erneute Abstimmungen, mit allen Beteiligten wie Umweltamt, Feuerwehramt, Amt für Verkehr etc. herbeizuführen seien.

Frau Kleinekathöfer fragt nach Fahrradstellplätzen und erklärt, dass jetzt schon zu wenig vorhanden sind.

Herr Novak erklärt, was baurechtlich nachgewiesen werden muss. Das sind 25 Stellplätze. Menge und Ort werden in der Feinplanung bestimmt.

Herr Bartels ist verärgert, dass die Bezirksvertretung seit 2017 auf den Missstand hingewiesen hat, jetzt jedoch beschließen zu müssen, was vorgestellt wird. Es muss die bestmögliche Variante mit den bestehenden Möglichkeiten geschaffen werden, so wie es die Bezirksvertretung aus ihren unmittelbaren Erkenntnissen für erforderlich erachtet. Herr Bartels

hat das Gefühl einer mangelnden Bereitschaft zur Zusammenarbeit. Die Meinung der Bezirksvertretung werde negiert, obwohl man seit Jahren auf Probleme hinweist.

Frau Kleinekathöfer pflichtet ihm bei. Es ist ärgerlich, dass Zeit und Bau verzögert werden oder der Bau gar nicht komme, wenn die Bezirksvertretung heute nicht zustimmt. Auch der Fertigstellungszeitpunkt verschiebe sich ständig von 2024 nach 2025 und 2026. Wenn die Bezirksvertretung nur noch zustimmen kann, warum hört man sie überhaupt noch an?

Frau Beckmann erklärt:

- 2019 Beschluss des Schulausschusses zum Schulentwicklungsplan
- 2019 mit Planung begonnen und die Grundschule Theesen mit einbezogen
- Bedarf wurde erkannt, im Städt. Bauprogramm aufgenommen und 2021 beschlossen.
- 83 Bauvorhaben im Bereich Schulbau im ganzen Stadtgebiet
- Vergabeverfahren stets erforderlich

Herr Feurich-Tobien (Bündnis 90/Die Grünen) ist verärgert und erklärt, dass bereits zur Aufstellung des Bebauungsplans am Blackenfeld auf das kommende Problem in der Grundschule Vilsendorf hingewiesen wurde. Das wird nicht aufgegriffen, das möchte man nicht einfach so hinnehmen. Er versteht die 2 Beschluss- und die 1 Informationsvorlage so, dass heute nur die Planung beschlossen werden soll. Der zeitliche Horizont über die Priorisierung der Bauliste kommt noch in einem weiteren Schritt oder legen wir die hier heute mit fest? Dann sollten die Vorlagen um zeitliche Vorgaben unsererseits ergänzt werden. Abschließend fragt Herr Feurich-Tobien, warum die beiden großen Baugebiete Blackenfeld in Vilsendorf und Neulandstraße in Theesen nicht berücksichtigt wurden. In Theesen muss mit Interims gearbeitet werden, weil das Bauvorhaben nicht schnell genug umgesetzt werden kann.

Frau Beckmann erklärt, dass man an den sich ändernden Schülerzahlen in Vilsendorf dran ist. Derzeit erfolgt eine Neuberechnung der Prognosezahlen der Schüler im laufenden Schuljahr. Es werden Maßnahmen festgestellt, die auch umgesetzt werden. Bei der GS Theesen werde im kommenden Schuljahr mit Interims gearbeitet werden müssen. Auch die GS Vilsendorf hat man im Blick. Bei der Priorisierung in den vorliegenden Beschlussvorlagen geht es darum, die Art des Bauens also den Systembau zu beschließen und auch den Standort. Danach geht man in ein Vergabeverfahren, um Planer zu finden, die sich dann mit den Ausschreibungsunterlagen beschäftigen, das Leistungsverzeichnis erstellen, sodass die Systembauten tatsächlich erstellt werden können.

Frau Kleinekathöfer fragt, was mit Interimslösungen konkret gemeint ist, da auf dem Schulgelände kein Platz mehr dafür vorhanden ist.

Herr Stiesch (Die Linke) fragt, ob es „in Beton gegossen“ ist, dass 2-geschossig gebaut wird, wenn die Vorlagen heute beschlossen werden?

Frau Beckmann erwidert, dass das nicht der Fall ist, sondern dass das wie bereits erwähnt geprüft werde. Das Bauamt hat für die GS Vilsendorf

ein positives Signal gegeben. Bei den Interimslösungen müssen die Gelände betrachtet und geprüft werden.

Herr Dr. Holtkamp (FDP) bittet um eine Quantifizierung von Zeit und Aufwand. 2 Dinge sind zu optimieren: eine 3-Geschossigkeit in Vilsendorf und Theesen und die Standortfrage. Was würde eine Änderung der Standorte bedeuten.

Frau Beckmann erklärt, dass eine Neuplanung in Theesen voraussichtlich eine erhebliche zeitliche Verzögerung bedeutet.

Herr Bartels erklärt, dass Ende März der Schul- und Sportausschuss beschließen solle, um das Gesamtpaket in Gang zu setzen. Wenn die GS Theesen rausfällt ist unklar, wie weit sich das zeitlich verzögert. Theesen solle 2026 an den Start gehen.

Herr Dr. Dobberschütz (AfD) fragt nach einem finanziellen Überblick. Welche Kosten fallen z.B. in Theesen an?

Herr Novak verweist auf die Daten im Bauprogramm.

Frau Kleinekathöfer fragt, was bei Interimslösungen geprüft wird. Sie erinnert an den Antrag, Räume der Kirchengemeinde zu nutzen. Wenn die Entwürfe nicht genehmigt werden, verschiebt sich der gesamte Bau zeitlich nach hinten und kann dann später noch umgeplant werden?

Frau Beckmann erklärt, dass als Interim z.B. Stahlcontainer genutzt werden könnten. Der Kontakt mit der Kirchengemeinde ist hergestellt. Bei einem Interim in dem Gemeindehaus Theesen ist zu beachten, dass die Schülerinnen und Schüler die Theesener Straße überqueren müssen. Die verkehrliche Situation ist somit einzubeziehen. In Vilsendorf ist eine 2- oder 3-Geschossigkeit des Systembaus zu prüfen. Da es sich um einen Fertigbau handelt, dürfte das einfach zu realisieren sein.

Herr Novak sieht in Vilsendorf kein Problem, die Geschossigkeit zu erhöhen. Der Standort ist nicht verschiebbar. Ein Generalunternehmer unterbreitet ein Angebot. Wenn der Standort verändert wird, entstehen Mehrkosten.

Herr Feurich-Tobien schlägt vor, den Beschlussvorschlag in Bezug auf die Grundschule Vilsendorf in eine 3-Geschossigkeit zu ändern.

Herr vom Braucke (FDP) stimmt dem zu. Vilsendorf erhält 55 qm und Theesen 75 qm. Kann man damit eine Klasse einrichten. Gibt das Rauminvolumen das her?

Herr Novak erklärt, dass die Aufteilung der Räume verändert werden kann. Die Fläche ist jedoch definiert.

Herr Bezirksbürgermeister Bartels unterbricht die Sitzung um 18:55 Uhr und stellt die Öffentlichkeit her.

Fragen zu folgenden Themen werden beantwortet:

Herr Gebauer:

- Schulentwicklungsplan und Mehrbedarfe
- Beschleunigung des gesamten Verfahrens
- Unverständliche Anmeldezahlen zw. Dez. 2022 und Januar 2023
- Freigabe von Mitteln

Aus der Schulpflegschaft der GS Theesen:

- Zu wenig Fahrradstellplätze
- Standort und Struktur sowie Wegeziehungen der Gebäude und deren Auswirkungen auf die Betreuung der Schüler/innen
- Rückläufigkeit der Schülerzahlen der GS Vilsendorf
- Fehlende Plätze in der GS Theesen trotz Baugebiet
- Zum „Totalbau-Unternehmen“ für alle Schulbauten oder einzelne Schulbauten
- Standort: Altes Gebäude abreißen für das neue Gebäude
- Klagen aus der Nachbarschaft
- Mitteilungen an Eltern, deren Kinder abgelehnt werden, wo sie ihre Kinder zur Schule schicken sollen
- In GS Theesen im Erdgeschoss hauptsächlich OGS-Räume verorten.
- Standort von Containern
- Beschlüsse in der BV, Räume anders zu nutzen

Herr Sander, Leiter der GS Dreekerheide:

- Es heißt: ISB – wir bewegen. Herr Sander fragt, was und bis wann? Das ist was Schule und Eltern interessiert in der GS Dreekerheide.
- Machbarkeitsstudie
- Optionen
- Gemeinsames Lernen nur an der GS Dreekerheide
- Fehlende Ausweichräume
- Was ist für den Standort Dreekerheide vorgesehen, was das inklusive Lernen betrifft?

Frau Synowzik, Blackenfeld:

- Wie kann es sein, dass aus einem so großen Neubaugebiet nur 10 neue Kinder in die GS Vilsendorf kommen sollen?

Die Standortprüfung wird noch einmal mitgenommen. Ebenso die Anregung, die OGS-Räume im Erdgeschoss zu verorten.

Um 19:30 Uhr wird die Öffentlichkeit beendet und wieder in die Sitzung eingetreten.

Herr Novak stellt die GS Dreekerheide kurz vor und geht auf folgende Punkte ein:

- Machbarkeitsstudien an 4 Standorten
- Bestand und dessen Möglichkeiten
- Fehlbedarf
- Unterschiedliche Substanz
- Wirtschaftliche Machbarkeit
- Vermutlich eher individuelle Planung

Herr vom Braucke (FDP) erklärt, dass die Schuld für die Verzögerungen in den vorher gelaufenen Prozessen liegt – wie auch das Haushaltssicherungskonzept. Man hätte aber auch im HSK schon mit der Bezirksvertretung in Kontakt treten können, um die Planung zu besprechen. HSK ist ja nicht weit weg. Was bedeutet es, wenn wir in 1 oder 2 Jahren wieder im HSK sein sollten? Ist das gesamte Programm dann eingeordnet und ist dann gar nichts mehr möglich?

Frau Beckmann hat keine Prognose, wie es im HSK mit dem städtischen Bauprogramm weitergeht. Es umfasste 900 Millionen in 2022, bei denen man jetzt vermutlich schon deutlich darüber liege. Schulausschuss, Betriebsausschuss Immobilienservice und Rat planen derzeit, Ende März zum Stand des Bauprogramms zu informieren.

Herr Dr. Holtkamp fragt, was mit den existierenden Altbauten passiert. Bei dem alten Schulgebäude in Theesen wurde nichts dazu gesagt.

Er sucht nach Optionen, um in weiteren Schritten langfristiger noch Raum zu schaffen. Gibt es in Vilsendorf noch Optionen zur Nutzung von Räumen, die bisher noch nicht diskutiert wurden?

Frau Beckmann erklärt, dass aufgrund des Zeitdrucks derzeit Modulbauten favorisiert werden. Im Bestand muss man immer auch mit Altlasten wie z.B. Asbest rechnen.

Herr Novak erklärt, was an der GS Theesen angedacht ist, ist eine Verbindung zwischen dem bestehenden Baukörper und dem neuen Erweiterungsbau. Es muss zeitlich schnell Platz geschaffen werden. Das muss eng mit den Schulen abgestimmt werden.

Die Bezirksvertretung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 4

Zugenerweiterungen sowie OGS-Erweiterungen an Bielefelder Grundschulen hier: Grundschule Vilsendorf (Pos. 53, städtisches Bauprogramm)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5676/2020-2025

Die Tagesordnungspunkte 3 – 5 wurden unter TOP 3 gemeinsam diskutiert.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat im Vorfeld Fragen eingereicht. Das Amt für Schule hat wie folgt Stellung genommen (**siehe Anlage 1 zum Protokoll**).

Eingangs der Sitzung gibt Herr Bezirksbürgermeister Bartels eine persönliche Erklärung ab (**siehe Anlage 2 zum Protokoll**).

Herr Bezirksbürgermeister Bartels berichtet von einem Gespräch der Bezirksbürgermeister bei Herrn Oberbürgermeister Clausen auch in Vorbereitung auf dieses Thema. Er hat Herrn Oberbürgermeister Clausen einen Brief geschrieben. Die Antwort wurde allen Bezirksvertretungsmitgliedern zur Kenntnis gegeben.

Herr Bartels ist irritiert, dass das Thema Schulerweiterung Dreekerheide so kurzfristig auf die Tagesordnung gesetzt wurde.

Herr Bartels bittet die Anwesenden aus der Fachverwaltung, sich kurz vorzustellen.

Anwesend sind vom Amt für Schule Frau Beckmann und Herr Kunert und vom Immobilienservicebetrieb Herr Novak.

Frau Beckmann berichtet über grundlegende Informationen:

- Ganzheitlicher Schulentwicklungsplan für die Jahre 2020 - 2030
- deutlicher Anstieg der Schülerzahlen
- 3 neue Grundschulen in Gellershagen, Sennestadt und Sieker
 - Einrichtung von bis zu 9 zusätzlichen Zügen, die im August 2024 in Interims in Betrieb gehen sollen
- Weiterer Bedarf von 10 zusätzlichen Zügen an Grundschulen
- Darstellung der Schulbaumaßnahmen im Bauprogramm der Stadt Bielefeld mit mehr als 100 Einzel- oder Sammelpositionen, davon 83 Positionen den Schulbau betreffend
- Jetzt im März 2023 werden nun insgesamt für 13 Schulstandorte die entsprechenden Maßnahmen zur Beschlussfassung vorgestellt und zum Sachstand der Planung zu weiteren 18 Standorten berichtet
- 31 Ausbaumaßnahmen für die Schulform Grundschule
 - 10 Zugerweiterungen an Grundschulen
 - 21 Standorte mit OGS-Ausbauten
- Systembauweise, da Stein-auf-Stein zu lange dauert.

Herr Novak berichtet zu folgenden Themen:

- Systembauweise
- Bericht über Fehlbedarf vom Amt für Schule an den Immobilienservicebetrieb
- Funktionsdiagramme
- Zugerweiterungen
- Kleiner und großer Systembau mit Mensen und Küchen im EG und Auffüllung mit Mehrzweck- und Gruppenräumen
- Abstimmung mit Schulleitungen und weiteren städt. Ämtern
- Konzept (erforderliche Flächen) für Mensa und Küche in Zusammenarbeit mit Großküchenplaner
- Umgang mit vorhandener Struktur wie z.B. Wegebeziehungen, Gelände oder Beleuchtung
- Keine Systembauweise in der GS Dreekerheide möglich
- 2025/26 sollen erste Gebäude in Betrieb genommen werden – die Priorisierung ist abzusprechen
- Erweiterung der Grundschule Vilsendorf mit einem kleinen Systembau, 2-geschossig, nordöstlich des Bestandsgebäudes

- Abstandsflächen, Feuerwehrezufahren etc. werden eingehalten
- Abstimmung mit dem Umweltamt wegen entfallender Bäume und deren Ausgleichspflanzungen auf dem Schulgelände
- Gefasste Schulhofsicherung
- Ausgleich bzw. Versetzung von Spielgeräten

Frau Lämmchen (CDU) sieht zur Erweiterung der GS Vilsendorf nur Mehrweckräume für den OGS-Ausbau, keine Klassenräume.

Herr Novak erklärt, dass es die Räume den OGS-Ausbau betreffen. Das sind keine Klassenräume, sondern z.B. Räume für die Nachmittagsbetreuung. Wenn die Schule die Räume lieber als Klassenräume nutzen kann, wird das Amt für Schule dem sicher nicht widersprechen.

Frau Lämmchen entgegnet, dass in Vilsendorf auch Klassenräume fehlen.

Herr Sarnoch (CDU) ist der Ansicht, es werde zu klein und nicht optimal gebaut, besonders in Vilsendorf, obwohl Vilsendorf auch wachse. In Jöllenbeck gibt es die Trennung der Realschule in 2 Standorte. Man könnte den ehem. Standort Hauptschule zu einer Grundschule machen. Auf dem Feld neben der Realschule könnte ein sehr großes Schulzentrum entstehen.

Herr Bartels erklärt, man habe 2024 in Vilsendorf den Bedarf einer 3-Zügigkeit in allen 4 Klassen. Das Baugebiet Blackenfeld und das der Kirchengemeinde sind noch nicht einbezogen. Die OGS-Erweiterung soll erst 2029 Realität werden. In 3 Jahren wird aber in Vilsendorf ein 3. Zug benötigt. Er kann den Argumenten nicht folgen.

Herr Sarnoch erinnert daran, dass das Stadtgebiet Jöllenbeck bis zum Obersee reicht. Bis dahin muss jeder Bedarf durch die GS Vilsendorf abgedeckt werden. Herr Sarnoch sagt, man werde - wie in Theesen - hingehalten. Zwischen Theesen und Vilsendorf fehle eine komplette Grundschule. Stets werde auf fehlende Mittel verwiesen.

Frau Kleinekathöfer (Bündnis 90/Die Grünen) hat Fragen eingereicht, die beantwortet und in der Anlage 1 zum Protokoll abgebildet sind. Es wird eine große KiTa im Baugebiet geplant, nach der KiTa müssen die Kinder wohnortnah versorgt werden. Die derzeitige Planung ist keine Lösung.

Frau Beckmann erklärt, dass im Rahmen des Ganzheitlichen Schulentwicklungsplans Handlungsgebiete definiert wurden mit der Handlungsempfehlung, Theesen und nicht Vilsendorf auszubauen. Mehrzweckräume können auch als Klassenräume genutzt werden. Ab 2026 besteht ein Anspruch auf einen OGS-Platz. Klassen- und OGS-Räume können getauscht werden. Vilsendorf wird im 3-jährigen Mittel auf eine 2,5-Zügigkeit geplant. Das wird berücksichtigt.

Herr Jung (CDU) kritisiert, dass es zu lange gedauert habe, den Schulentwicklungsplan auf den Weg zu bringen. Man müsse mit den Sünden der Vergangenheit kämpfen. Leidtragend sind die Kinder. Er hält es für sinnvoll, in Vilsendorf sofort 3-geschossig zu planen

Herr Kunert erklärt, dass das geprüft werde. Derzeit gehe man von einer 2,5-Zügigkeit aus.

Herr Novak sagt, über ein 2. Obergeschoss wäre nachzudenken. Das wurde vom Bauamt baurechtlich als möglich erachtet.

Herr Bartels gibt den alten Baubestand der Grundschule Vilsendorf zu bedenken. Bei Schneefall sind die überdachten Wege nicht nutzbar, da sie einsturzgefährdet sind.

Frau Thöne (SPD) erklärt, lt. Schulministerium müssen ab 57 Anmeldungen 3 Klassen gebildet werden, welche sie in den Mehrzweckräumen nicht wiederfindet.

Herr Kunert betrachtet die Schulen im Handlungsgebiet. Er sieht Probleme und Fragestellungen, z.B.:

- Wie verteilt man gerecht, wenn an einer Schule 6 Anmeldungen mehr, an einer anderen 5 und in einer weiteren Plätze frei sind?
- Welche Handlungsmöglichkeiten zur Optimierung gibt es, eine möglichst gute Unterbringung zu schaffen?

Herr Sarnoch fragt erneut, warum nicht eine neue Schule zwischen Vilsendorf und Theesen gebaut werden könne. Andere Standorte würden dadurch aufgewertet werden können. Warum werde in anderen Stadtbezirken gehandelt, in Jöllenbeck jedoch nicht? Es muss größer gedacht werden. Der Bau in Theesen helfe nicht, weil das auch schon wieder zu klein sei.

Frau Beckmann antwortet, wenn neu gebaut werden soll, muss für das Genehmigungsverfahren bei der Bezirksregierung Detmold ein Bedarf von mindestens 2 Zügen durchgängig für mindestens 5 Jahre nachgewiesen werden.

Herr Novak erläutert die Planung für den Modulbau in der GS Theesen und geht auf folgende Themen ein:

- Lageplan
- Zugerweiterung
- Klassenräume
- Differenzierungsräume
- Küche und Mensa im EG
- Kurze Anbindung zwischen den Baukörpern
- Anlieferung über die Nohlstraße
- Stellplätze
- Barrierefreie Erweiterung
- Fahrradstellplätze
- Erweiterung der Schulhoffläche
- Verlagerung des Baukörpers auf Stellplätze betrifft Fördergelder

Herr Sarnoch regt an, den Parkplatz und das neue Gebäude zu tauschen. Auch ein zusammenhängendes Schulgebäude wäre möglich.

Diverse Standortmöglichkeiten des Erweiterungsbaues werden diskutiert.

Herr Novak erklärt, was die verschiedenen Standortvorschläge für Folgen mit sich bringen, weiterer Fehlbedarf bei Abbruch von Bestandsgebäuden (bestehende OGS-Gebäude), Einhaltung von Abstandsflächen bei einer höheren Geschossigkeit. Bei Verlegung von Parkplätzen folgt ein höheres Verkehrsaufkommen im Wohngebiet.

nimmt die Anregungen zur Prüfung mit.

Frau Beckmann verweist auf die Gefahr, dass bei einer Verwerfung der vorliegenden Planung die Planung wieder von vorn beginnen müsse und erneute Abstimmungen, mit allen Beteiligten wie Umweltamt, Feuerwehramt, Amt für Verkehr etc. herbeizuführen seien.

Frau Kleinekathöfer fragt nach Fahrradstellplätzen und erklärt, dass jetzt schon zu wenig vorhanden sind.

Herr Novak erklärt, was baurechtlich nachgewiesen werden muss. Das sind 25 Stellplätze. Menge und Ort werden in der Feinplanung bestimmt.

Herr Bartels ist verärgert, dass die Bezirksvertretung seit 2017 auf den Missestand hingewiesen hat, jetzt jedoch beschließen zu müssen, was vorgestellt wird. Es muss die bestmögliche Variante mit den bestehenden Möglichkeiten geschaffen werden, so wie es die Bezirksvertretung aus ihren unmittelbaren Erkenntnissen für erforderlich erachtet. Herr Bartels hat das Gefühl einer mangelnden Bereitschaft zur Zusammenarbeit. Die Meinung der Bezirksvertretung werde negiert, obwohl man seit Jahren auf Probleme hinweist.

Frau Kleinekathöfer pflichtet ihm bei. Es ist ärgerlich, dass Zeit und Bau verzögert werden oder der Bau gar nicht komme, wenn die Bezirksvertretung heute nicht zustimmt. Auch der Fertigstellungszeitpunkt verschiebe sich ständig von 2024 nach 2025 und 2026. Wenn die Bezirksvertretung nur noch zustimmen kann, warum hört man sie überhaupt noch an?

Frau Beckmann erklärt:

- 2019 Beschluss des Schulausschusses zum Schulentwicklungsplan
- 2019 mit Planung begonnen und die Grundschule Theesen mit einbezogen
- Bedarf wurde erkannt, im Städt. Bauprogramm aufgenommen und 2021 beschlossen.
- 83 Bauvorhaben im Bereich Schulbau im ganzen Stadtgebiet
- Vergabeverfahren stets erforderlich

Herr Feurich-Tobien (Bündnis 90/Die Grünen) ist verärgert und erklärt, dass bereits zur Aufstellung des Bebauungsplans am Blackenfeld auf das kommende Problem in der Grundschule Vilsendorf hingewiesen wurde. Das wird nicht aufgegriffen, das möchte man nicht einfach so hinnehmen. Er versteht die 2 Beschluss- und die 1 Informationsvorlage so, dass heute nur die Planung beschlossen werden soll. Der zeitliche Horizont über die Priorisierung der Bauliste kommt noch in einem weiteren Schritt oder legen wir die hier heute mit fest? Dann sollten die Vorlagen um zeitliche Vorgaben unsererseits ergänzt werden. Abschließend fragt Herr Feurich-Tobien, warum die beiden großen Baugebiete Blackenfeld in Vilsendorf

und Neulandstraße in Theesen nicht berücksichtigt wurden. In Theesen muss mit Interims gearbeitet werden, weil das Bauvorhaben nicht schnell genug umgesetzt werden kann.

Frau Beckmann erklärt, dass man an den sich ändernden Schülerzahlen in Vilsendorf dran ist. Derzeit erfolgt eine Neuberechnung der Prognosezahlen der Schüler im laufenden Schuljahr. Es werden Maßnahmen festgestellt, die auch umgesetzt werden. Bei der GS Theesen werde im kommenden Schuljahr mit Interims gearbeitet werden müssen. Auch die GS Vilsendorf hat man im Blick. Bei der Priorisierung in den vorliegenden Beschlussvorlagen geht es darum, die Art des Bauens also den Systembau zu beschließen und auch den Standort. Danach geht man in ein Vergabeverfahren, um Planer zu finden, die sich dann mit den Ausschreibungsunterlagen beschäftigen, das Leistungsverzeichnis erstellen, sodass die Systembauten tatsächlich erstellt werden können.

Frau Kleinekathöfer fragt, was mit Interimslösungen konkret gemeint ist, da auf dem Schulgelände kein Platz mehr dafür vorhanden ist.

Herr Stiesch (Die Linke) fragt, ob es „in Beton gegossen“ ist, dass 2-geschossig gebaut wird, wenn die Vorlagen heute beschlossen werden?

Frau Beckmann erwidert, dass das nicht der Fall ist, sondern dass das wie bereits erwähnt geprüft werde. Das Bauamt hat für die GS Vilsendorf ein positives Signal gegeben. Bei den Interimslösungen müssen die Gelände betrachtet und geprüft werden.

Herr Dr. Holtkamp (FDP) bittet um eine Quantifizierung von Zeit und Aufwand. 2 Dinge sind zu optimieren: eine 3-Geschossigkeit in Vilsendorf und Theesen und die Standortfrage. Was würde eine Änderung der Standorte bedeuten.

Frau Beckmann erklärt, dass eine Neuplanung in Theesen voraussichtlich eine erhebliche zeitliche Verzögerung bedeutet.

Herr Bartels erklärt, dass Ende März der Schul- und Sportausschuss beschließen solle, um das Gesamtpaket in Gang zu setzen. Wenn die GS Theesen rausfällt ist unklar, wie weit sich das zeitlich verzögert. Theesen solle 2026 an den Start gehen.

Herr Dr. Dobberschütz (AfD) fragt nach einem finanziellen Überblick. Welche Kosten fallen z.B. in Theesen an?

Herr Novak verweist auf die Daten im Bauprogramm.

Frau Kleinekathöfer fragt, was bei Interimslösungen geprüft wird. Sie erinnert an den Antrag, Räume der Kirchengemeinde zu nutzen. Wenn die Entwürfe nicht genehmigt werden, verschiebt sich der gesamte Bau zeitlich nach hinten und kann dann später noch umgeplant werden?

Frau Beckmann erklärt, dass als Interim z.B. Stahlcontainer genutzt werden könnten. Der Kontakt mit der Kirchengemeinde ist hergestellt. Bei einem Interim in dem Gemeindehaus Theesen ist zu beachten, dass die Schülerinnen und Schüler die Theesener Straße überqueren müssen. Die verkehrliche Situation ist somit einzubeziehen. In Vilsendorf ist eine 2-

oder 3-Geschossigkeit des Systembaus zu prüfen. Da es sich um einen Fertigbau handelt, dürfte das einfach zu realisieren sein.

Herr Novak sieht in Vilsendorf kein Problem, die Geschossigkeit zu erhöhen. Der Standort ist nicht verschiebbar. Ein Generalunternehmer unterbreitet ein Angebot. Wenn der Standort verändert wird, entstehen Mehrkosten.

Herr Feurich-Tobien schlägt vor, den Beschlussvorschlag in Bezug auf die Grundschule Vilsendorf in eine 3-Geschossigkeit zu ändern.

Herr vom Braucke (FDP) stimmt dem zu. Vilsendorf erhält 55 qm und Theesen 75 qm. Kann man damit eine Klasse einrichten. Gibt das Raumvolumen das her?

Herr Novak erklärt, dass die Aufteilung der Räume verändert werden kann. Die Fläche ist jedoch definiert.

Herr Bezirksbürgermeister Bartels unterbricht die Sitzung um 18:55 Uhr und stellt die Öffentlichkeit her.

Fragen zu folgenden Themen werden beantwortet:

Herr Gebauer:

- Schulentwicklungsplan und Mehrbedarfe
- Beschleunigung des gesamten Verfahrens
- Unverständliche Anmeldezahlen zw. Dez. 2022 und Januar 2023
- Freigabe von Mitteln

Aus der Schulpflegschaft der GS Theesen:

- Zu wenig Fahrradstellplätze
- Standort und Struktur sowie Wegeziehungen der Gebäude und deren Auswirkungen auf die Betreuung der Schüler/innen
- Rückläufigkeit der Schülerzahlen der GS Vilsendorf
- Fehlende Plätze in der GS Theesen trotz Baugebiet
- Zum „Totalbau-Unternehmen“ für alle Schulbauten oder einzelne Schulbauten
- Standort: Altes Gebäude abreißen für das neue Gebäude
- Klagen aus der Nachbarschaft
- Mitteilungen an Eltern, deren Kinder abgelehnt werden, wo sie ihre Kinder zur Schule schicken sollen
- In GS Theesen im Erdgeschoss hauptsächlich OGS-Räume verorten.
- Standort von Containern
- Beschlüsse in der BV, Räume anders zu nutzen

Herr Sander, Leiter der GS Dreekerheide:

- Es heißt: ISB – wir bewegen. Herr Sander fragt, was und bis wann? Das ist was Schule und Eltern interessiert in der GS Dreekerheide.
- Machbarkeitsstudie
- Optionen
- Gemeinsames Lernen nur an der GS Dreekerheide
- Fehlende Ausweichräume

- Was ist für den Standort Dreekerheide vorgesehen, was das inklusive Lernen betrifft?

Frau Synowzik, Blackenfeld:

- Wie kann es sein, dass aus einem so großen Neubaugebiet nur 10 neue Kinder in die GS Vilsendorf kommen sollen?

Die Standortprüfung wird noch einmal mitgenommen. Ebenso die Anregung, die OGS-Räume im Erdgeschoss zu verorten.

Um 19:30 Uhr wird die Öffentlichkeit beendet und wieder in die Sitzung eingetreten.

Herr Novak stellt die GS Dreekerheide kurz vor und geht auf folgende Punkte ein:

- Machbarkeitsstudien an 4 Standorten
- Bestand und dessen Möglichkeiten
- Fehlbedarf
- Unterschiedliche Substanz
- Wirtschaftliche Machbarkeit
- Vermutlich eher individuelle Planung

Herr vom Braucke (FDP) erklärt, dass die Schuld für die Verzögerungen in den vorher gelaufenen Prozessen liegt – wie auch das Haushaltssicherungskonzept. Man hätte aber auch im HSK schon mit der Bezirksvertretung in Kontakt treten können, um die Planung zu besprechen. HSK ist ja nicht weit weg. Was bedeutet es, wenn wir in 1 oder 2 Jahren wieder im HSK sein sollten? Ist das gesamte Programm dann eingeordnet und ist dann gar nichts mehr möglich?

Frau Beckmann hat keine Prognose, wie es im HSK mit dem städtischen Bauprogramm weitergeht. Es umfasste 900 Millionen in 2022, bei denen man jetzt vermutlich schon deutlich darüber liege. Schulausschuss, Betriebsausschuss Immobilienservice und Rat planen derzeit, Ende März zum Stand des Bauprogramms zu informieren.

Herr Dr. Holtkamp fragt, was mit den existierenden Altbauten passiert. Bei dem alten Schulgebäude in Theesen wurde nichts dazu gesagt.

Er sucht nach Optionen, um in weiteren Schritten langfristiger noch Raum zu schaffen. Gibt es in Vilsendorf noch Optionen zur Nutzung von Räumen, die bisher noch nicht diskutiert wurden?

Frau Beckmann erklärt, dass aufgrund des Zeitdrucks derzeit Modulbauten favorisiert werden. Im Bestand muss man immer auch mit Altlasten wie z.B. Asbest rechnen.

Herr Novak erklärt, was an der GS Theesen angedacht ist, ist eine Verbindung zwischen dem bestehenden Baukörper und dem neuen Erweiterungsbau. Es muss zeitlich schnell Platz geschaffen werden. Das muss eng mit den Schulen abgestimmt werden.

Herr Bezirksbürgermeister Bartels erinnert an den Änderungsantrag, dass das **Gebäude 3-geschossig** errichtet werden soll.

einstimmig beschlossen

Die Bezirksvertretung fasst folgenden **abgeänderten**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Jöllenbeck beschließt den OGS-Ausbau der Grundschule Vilsendorf als **3-geschossigen Systembau** am vorgeschlagenen Standort.

abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen

Zu Punkt 5

Zugenerweiterungen sowie OGS-Erweiterungen an Bielefelder Grundschulen
hier: Grundschule Theesen (Pos. 48, städtisches Bauprogramm)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5685/2020-2025

Die Tagesordnungspunkte 3 – 5 wurden unter TOP 3 gemeinsam diskutiert.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat im Vorfeld Fragen eingereicht. Das Amt für Schule hat wie folgt Stellung genommen (**siehe Anlage 1 zum Protokoll**).

Eingangs der Sitzung gibt Herr Bezirksbürgermeister Bartels eine persönliche Erklärung ab (**siehe Anlage 2 zum Protokoll**).

Herr Bezirksbürgermeister Bartels berichtet von einem Gespräch der Bezirksbürgermeister bei Herrn Oberbürgermeister Clausen auch in Vorbereitung auf dieses Thema. Er hat Herrn Oberbürgermeister Clausen einen Brief geschrieben. Die Antwort wurde allen Bezirksvertretungsmitgliedern zur Kenntnis gegeben.

Herr Bartels ist irritiert, dass das Thema Schulerweiterung Dreekerheide so kurzfristig auf die Tagesordnung gesetzt wurde.

Herr Bartels bittet die Anwesenden aus der Fachverwaltung, sich kurz vorzustellen.

Anwesend sind vom Amt für Schule Frau Beckmann und Herr Kunert und vom Immobilienservicebetrieb Herr Novak.

Frau Beckmann berichtet über grundlegende Informationen:

- Ganzheitlicher Schulentwicklungsplan für die Jahre 2020 - 2030
- deutlicher Anstieg der Schülerzahlen
- 3 neue Grundschulen in Gellershagen, Sennestadt und Sieker
 - Einrichtung von bis zu 9 zusätzlichen Zügen, die im August 2024 in Interims in Betrieb gehen sollen
- Weiterer Bedarf von 10 zusätzlichen Zügen an Grundschulen
- Darstellung der Schulbaumaßnahmen im Bauprogramm der Stadt Bielefeld mit mehr als 100 Einzel- oder Sammelpositionen, davon 83 Positionen den Schulbau betreffend
- Jetzt im März 2023 werden nun insgesamt für 13 Schulstandorte die entsprechenden Maßnahmen zur Beschlussfassung vorgestellt und zum Sachstand der Planung zu weiteren 18 Standorten berichtet
- 31 Ausbaumaßnahmen für die Schulform Grundschule
 - 10 Zugerweiterungen an Grundschulen
 - 21 Standorte mit OGS-Ausbauten
- Systembauweise, da Stein-auf-Stein zu lange dauert.

Herr Novak berichtet zu folgenden Themen:

- Systembauweise
- Bericht über Fehlbedarf vom Amt für Schule an den Immobilienservicebetrieb
- Funktionsdiagramme
- Zugerweiterungen
- Kleiner und großer Systembau mit Mensen und Küchen im EG und Auffüllung mit Mehrzweck- und Gruppenräumen
- Abstimmung mit Schulleitungen und weiteren städt. Ämtern
- Konzept (erforderliche Flächen) für Mensa und Küche in Zusammenarbeit mit Großküchenplaner
- Umgang mit vorhandener Struktur wie z.B. Wegebeziehungen, Gelände oder Beleuchtung
- Keine Systembauweise in der GS Dreekerheide möglich
- 2025/26 sollen erste Gebäude in Betrieb genommen werden – die Priorisierung ist abzusprechen
- Erweiterung der Grundschule Vilsendorf mit einem kleinen Systembau, 2-geschossig, nordöstlich des Bestandsgebäudes
 - Abstandsflächen, Feuerwehrezufahren etc. werden eingehalten
 - Abstimmung mit dem Umweltamt wegen entfallender Bäume und deren Ausgleichspflanzungen auf dem Schulgelände
 - Gefasste Schulhofsicherung
 - Ausgleich bzw. Versetzung von Spielgeräten

Frau Lämmchen (CDU) sieht zur Erweiterung der GS Vilsendorf nur Mehrweckräume für den OGS-Ausbau, keine Klassenräume.

Herr Novak erklärt, dass es die Räume den OGS-Ausbau betreffen. Das sind keine Klassenräume, sondern z.B. Räume für die Nachmittagsbetreuung. Wenn die Schule die Räume lieber als Klassenräume nutzen kann, wird das Amt für Schule dem sicher nicht widersprechen.

Frau Lämmchen entgegnet, dass in Vilsendorf auch Klassenräume fehlen.

Herr Sarnoch (CDU) ist der Ansicht, es werde zu klein und nicht optimal gebaut, besonders in Vilsendorf, obwohl Vilsendorf auch wachse. In Jöllenbeck gibt es die Trennung der Realschule in 2 Standorte. Man könnte den ehem. Standort Hauptschule zu einer Grundschule machen. Auf dem Feld neben der Realschule könnte ein sehr großes Schulzentrum entstehen.

Herr Bartels erklärt, man habe 2024 in Vilsendorf den Bedarf einer 3-Zügigkeit in allen 4 Klassen. Das Baugebiet Blackenfeld und das der Kirchengemeinde sind noch nicht einbezogen. Die OGS-Erweiterung soll erst 2029 Realität werden. In 3 Jahren wird aber in Vilsendorf ein 3. Zug benötigt. Er kann den Argumenten nicht folgen.

Herr Sarnoch erinnert daran, dass das Stadtgebiet Jöllenbeck bis zum Obersee reicht. Bis dahin muss jeder Bedarf durch die GS Vilsendorf abgedeckt werden. Herr Sarnoch sagt, man werde - wie in Theesen - hingehalten. Zwischen Theesen und Vilsendorf fehle eine komplette Grundschule. Stets werde auf fehlende Mittel verwiesen.

Frau Kleinekathöfer (Bündnis 90/Die Grünen) hat Fragen eingereicht, die beantwortet und in der Anlage 1 zum Protokoll abgebildet sind. Es wird eine große KiTa im Baugebiet geplant, nach der KiTa müssen die Kinder wohnortnah versorgt werden. Die derzeitige Planung ist keine Lösung.

Frau Beckmann erklärt, dass im Rahmen des Ganzheitlichen Schulentwicklungsplans Handlungsgebiete definiert wurden mit der Handlungsempfehlung, Theesen und nicht Vilsendorf auszubauen. Mehrzweckräume können auch als Klassenräume genutzt werden. Ab 2026 besteht ein Anspruch auf einen OGS-Platz. Klassen- und OGS-Räume können getauscht werden. Vilsendorf wird im 3-jährigen Mittel auf eine 2,5-Zügigkeit geplant. Das wird berücksichtigt.

Herr Jung (CDU) kritisiert, dass es zu lange gedauert habe, den Schulentwicklungsplan auf den Weg zu bringen. Man müsse mit den Sünden der Vergangenheit kämpfen. Leidtragend sind die Kinder. Er hält es für sinnvoll, in Vilsendorf sofort 3-geschossig zu planen

Herr Kunert erklärt, dass das geprüft werde. Derzeit gehe man von einer 2,5-Zügigkeit aus.

Herr Novak sagt, über ein 2. Obergeschoss wäre nachzudenken. Das wurde vom Bauamt baurechtlich als möglich erachtet.

Herr Bartels gibt den alten Baubestand der Grundschule Vilsendorf zu bedenken. Bei Schneefall sind die überdachten Wege nicht nutzbar, da sie einsturzgefährdet sind.

Frau Thöne (SPD) erklärt, lt. Schulministerium müssen ab 57 Anmeldungen 3 Klassen gebildet werden, welche sie in den Mehrzweckräumen nicht wiederfindet.

Herr Kunert betrachtet die Schulen im Handlungsgebiet. Er sieht Probleme und Fragestellungen, z.B.:

- Wie verteilt man gerecht, wenn an einer Schule 6 Anmeldungen mehr, an einer anderen 5 und in einer weiteren Plätze frei sind?
- Welche Handlungsmöglichkeiten zur Optimierung gibt es, eine möglichst gute Unterbringung zu schaffen?

Herr Sarnoch fragt erneut, warum nicht eine neue Schule zwischen Vilsendorf und Theesen gebaut werden könne. Andere Standorte würden dadurch aufgewertet werden können. Warum werde in anderen Stadtbezirken gehandelt, in Jöllenbeck jedoch nicht? Es muss größer gedacht werden. Der Bau in Theesen helfe nicht, weil das auch schon wieder zu klein sei.

Frau Beckmann antwortet, wenn neu gebaut werden soll, muss für das Genehmigungsverfahren bei der Bezirksregierung Detmold ein Bedarf von mindestens 2 Zügen durchgängig für mindestens 5 Jahre nachgewiesen werden.

Herr Novak erläutert die Planung für den Modulbau in der GS Theesen und geht auf folgende Themen ein:

- Lageplan
- Zugerweiterung
- Klassenräume
- Differenzierungsräume
- Küche und Mensa im EG
- Kurze Anbindung zwischen den Baukörpern
- Anlieferung über die Nohlstraße
- Stellplätze
- Barrierefreie Erweiterung
- Fahrradstellplätze
- Erweiterung der Schulhoffläche
- Verlagerung des Baukörpers auf Stellplätze betrifft Fördergelder

Herr Sarnoch regt an, den Parkplatz und das neue Gebäude zu tauschen. Auch ein zusammenhängendes Schulgebäude wäre möglich.

Diverse Standortmöglichkeiten des Erweiterungsbaues werden diskutiert.

Herr Novak erklärt, was die verschiedenen Standortvorschläge für Folgen mit sich bringen, weiterer Fehlbedarf bei Abbruch von Bestandsgebäuden (bestehende OGS-Gebäude), Einhaltung von Abstandsflächen bei einer höheren Geschossigkeit. Bei Verlegung von Parkplätzen folgt ein höheres Verkehrsaufkommen im Wohngebiet.

nimmt die Anregungen zur Prüfung mit.

Frau Beckmann verweist auf die Gefahr, dass bei einer Verwerfung der vorliegenden Planung die Planung wieder von vorn beginnen müsse und erneute Abstimmungen, mit allen Beteiligten wie Umweltamt, Feuerwehramt, Amt für Verkehr etc. herbeizuführen seien.

Frau Kleinekathöfer fragt nach Fahrradstellplätzen und erklärt, dass jetzt schon zu wenig vorhanden sind.

Herr Novak erklärt, was baurechtlich nachgewiesen werden muss. Das sind 25 Stellplätze. Menge und Ort werden in der Feinplanung bestimmt.

Herr Bartels ist verärgert, dass die Bezirksvertretung seit 2017 auf den Missstand hingewiesen hat, jetzt jedoch beschließen zu müssen, was vorgestellt wird. Es muss die bestmögliche Variante mit den bestehenden Möglichkeiten geschaffen werden, so wie es die Bezirksvertretung aus ihren unmittelbaren Erkenntnissen für erforderlich erachtet. Herr Bartels hat das Gefühl einer mangelnden Bereitschaft zur Zusammenarbeit. Die Meinung der Bezirksvertretung werde negiert, obwohl man seit Jahren auf Probleme hinweist.

Frau Kleinekathöfer pflichtet ihm bei. Es ist ärgerlich, dass Zeit und Bau verzögert werden oder der Bau gar nicht komme, wenn die Bezirksvertretung heute nicht zustimmt. Auch der Fertigstellungszeitpunkt verschiebe sich ständig von 2024 nach 2025 und 2026. Wenn die Bezirksvertretung nur noch zustimmen kann, warum hört man sie überhaupt noch an?

Frau Beckmann erklärt:

- 2019 Beschluss des Schulausschusses zum Schulentwicklungsplan
- 2019 mit Planung begonnen und die Grundschule Theesen mit einbezogen
- Bedarf wurde erkannt, im Städt. Bauprogramm aufgenommen und 2021 beschlossen.
- 83 Bauvorhaben im Bereich Schulbau im ganzen Stadtgebiet
- Vergabeverfahren stets erforderlich

Herr Feurich-Tobien (Bündnis 90/Die Grünen) ist verärgert und erklärt, dass bereits zur Aufstellung des Bebauungsplans am Blackenfeld auf das kommende Problem in der Grundschule Vilsendorf hingewiesen wurde. Das wird nicht aufgegriffen, das möchte man nicht einfach so hinnehmen. Er versteht die 2 Beschluss- und die 1 Informationsvorlage so, dass heute nur die Planung beschlossen werden soll. Der zeitliche Horizont über die Priorisierung der Bauliste kommt noch in einem weiteren Schritt oder legen wir die hier heute mit fest? Dann sollten die Vorlagen um zeitliche Vorgaben unsererseits ergänzt werden. Abschließend fragt Herr Feurich-Tobien, warum die beiden großen Baugebiete Blackenfeld in Vilsendorf und Neulandstraße in Theesen nicht berücksichtigt wurden. In Theesen muss mit Interims gearbeitet werden, weil das Bauvorhaben nicht schnell genug umgesetzt werden kann.

Frau Beckmann erklärt, dass man an den sich ändernden Schülerzahlen in Vilsendorf dran ist. Derzeit erfolgt eine Neuberechnung der Prognosezahlen der Schüler im laufenden Schuljahr. Es werden Maßnahmen festgestellt, die auch umgesetzt werden. Bei der GS Theesen werde im kommenden Schuljahr mit Interims gearbeitet werden müssen. Auch die GS Vilsendorf hat man im Blick. Bei der Priorisierung in den vorliegenden Beschlussvorlagen geht es darum, die Art des Bauens also den Systembau zu beschließen und auch den Standort. Danach geht man in ein Vergabeverfahren, um Planer zu finden, die sich dann mit den Aus-

schreibungsunterlagen beschäftigen, das Leistungsverzeichnis erstellen, sodass die Systembauten tatsächlich erstellt werden können.

Frau Kleinekathöfer fragt, was mit Interimslösungen konkret gemeint ist, da auf dem Schulgelände kein Platz mehr dafür vorhanden ist.

Herr Stiesch (Die Linke) fragt, ob es „in Beton gegossen“ ist, dass 2-geschossig gebaut wird, wenn die Vorlagen heute beschlossen werden?

Frau Beckmann erwidert, dass das nicht der Fall ist, sondern dass das wie bereits erwähnt geprüft werde. Das Bauamt hat für die GS Vilsendorf ein positives Signal gegeben. Bei den Interimslösungen müssen die Gelände betrachtet und geprüft werden.

Herr Dr. Holtkamp (FDP) bittet um eine Quantifizierung von Zeit und Aufwand. 2 Dinge sind zu optimieren: eine 3-Geschossigkeit in Vilsendorf und Theesen und die Standortfrage. Was würde eine Änderung der Standorte bedeuten.

Frau Beckmann erklärt, dass eine Neuplanung in Theesen voraussichtlich eine erhebliche zeitliche Verzögerung bedeutet.

Herr Bartels erklärt, dass Ende März der Schul- und Sportausschuss beschließen solle, um das Gesamtpaket in Gang zu setzen. Wenn die GS Theesen rausfällt ist unklar, wie weit sich das zeitlich verzögert. Theesen solle 2026 an den Start gehen.

Herr Dr. Dobberschütz (AfD) fragt nach einem finanziellen Überblick. Welche Kosten fallen z.B. in Theesen an?

Herr Novak verweist auf die Daten im Bauprogramm.

Frau Kleinekathöfer fragt, was bei Interimslösungen geprüft wird. Sie erinnert an den Antrag, Räume der Kirchengemeinde zu nutzen. Wenn die Entwürfe nicht genehmigt werden, verschiebt sich der gesamte Bau zeitlich nach hinten und kann dann später noch umgeplant werden?

Frau Beckmann erklärt, dass als Interim z.B. Stahlcontainer genutzt werden könnten. Der Kontakt mit der Kirchengemeinde ist hergestellt. Bei einem Interim in dem Gemeindehaus Theesen ist zu beachten, dass die Schülerinnen und Schüler die Theesener Straße überqueren müssen. Die verkehrliche Situation ist somit einzubeziehen. In Vilsendorf ist eine 2- oder 3-Geschossigkeit des Systembaus zu prüfen. Da es sich um einen Fertigbau handelt, dürfte das einfach zu realisieren sein.

Herr Novak sieht in Vilsendorf kein Problem, die Geschossigkeit zu erhöhen. Der Standort ist nicht verschiebbar. Ein Generalunternehmer unterbreitet ein Angebot. Wenn der Standort verändert wird, entstehen Mehrkosten.

Herr Feurich-Tobien schlägt vor, den Beschlussvorschlag in Bezug auf die Grundschule Vilsendorf in eine 3-Geschossigkeit zu ändern.

Herr vom Braucke (FDP) stimmt dem zu. Vilsendorf erhält 55 qm und Theesen 75 qm. Kann man damit eine Klasse einrichten. Gibt das Raum-

volumen das her?

Herr Novak erklärt, dass die Aufteilung der Räume verändert werden kann. Die Fläche ist jedoch definiert.

Herr Bezirksbürgermeister Bartels unterbricht die Sitzung um 18:55 Uhr und stellt die Öffentlichkeit her.

Fragen zu folgenden Themen werden beantwortet:

Herr Gebauer:

- Schulentwicklungsplan und Mehrbedarfe
- Beschleunigung des gesamten Verfahrens
- Unverständliche Anmeldezahlen zw. Dez. 2022 und Januar 2023
- Freigabe von Mitteln

Aus der Schulpflegschaft der GS Theesen:

- Zu wenig Fahrradstellplätze
- Standort und Struktur sowie Wegeziehungen der Gebäude und deren Auswirkungen auf die Betreuung der Schüler/innen
- Rückläufigkeit der Schülerzahlen der GS Vilsendorf
- Fehlende Plätze in der GS Theesen trotz Baugebiet
- Zum „Totalbau-Unternehmen“ für alle Schulbauten oder einzelne Schulbauten
- Standort: Altes Gebäude abreißen für das neue Gebäude
- Klagen aus der Nachbarschaft
- Mitteilungen an Eltern, deren Kinder abgelehnt werden, wo sie ihre Kinder zur Schule schicken sollen
- In GS Theesen im Erdgeschoss hauptsächlich OGS-Räume verorten.
- Standort von Containern
- Beschlüsse in der BV, Räume anders zu nutzen

Herr Sander, Leiter der GS Dreekerheide:

- Es heißt: ISB – wir bewegen. Herr Sander fragt, was und bis wann? Das ist was Schule und Eltern interessiert in der GS Dreekerheide.
- Machbarkeitsstudie
- Optionen
- Gemeinsames Lernen nur an der GS Dreekerheide
- Fehlende Ausweichräume
- Was ist für den Standort Dreekerheide vorgesehen, was das inklusive Lernen betrifft?

Frau Synowzik, Blackenfeld:

- Wie kann es sein, dass aus einem so großen Neubaugebiet nur 10 neue Kinder in die GS Vilsendorf kommen sollen?

Die Standortprüfung wird noch einmal mitgenommen. Ebenso die Anregung, die OGS-Räume im Erdgeschoss zu verorten.

Um 19:30 Uhr wird die Öffentlichkeit beendet und wieder in die Sitzung eingetreten.

Herr Novak stellt die GS Dreekerheide kurz vor und geht auf folgende Punkte ein:

- Machbarkeitsstudien an 4 Standorten
- Bestand und dessen Möglichkeiten
- Fehlbedarf
- Unterschiedliche Substanz
- Wirtschaftliche Machbarkeit
- Vermutlich eher individuelle Planung

Herr vom Braucke (FDP) erklärt, dass die Schuld für die Verzögerungen in den vorher gelaufenen Prozessen liegt – wie auch das Haushaltssicherungskonzept. Man hätte aber auch im HSK schon mit der Bezirksvertretung in Kontakt treten können, um die Planung zu besprechen. HSK ist ja nicht weit weg. Was bedeutet es, wenn wir in 1 oder 2 Jahren wieder im HSK sein sollten? Ist das gesamte Programm dann eingeordnet und ist dann gar nichts mehr möglich?

Frau Beckmann hat keine Prognose, wie es im HSK mit dem städtischen Bauprogramm weitergeht. Es umfasste 900 Millionen in 2022, bei denen man jetzt vermutlich schon deutlich darüber liege. Schulausschuss, Betriebsausschuss Immobilienservice und Rat planen derzeit, Ende März zum Stand des Bauprogramms zu informieren.

Herr Dr. Holtkamp fragt, was mit den existierenden Altbauten passiert. Bei dem alten Schulgebäude in Theesen wurde nichts dazu gesagt.

Er sucht nach Optionen, um in weiteren Schritten langfristiger noch Raum zu schaffen. Gibt es in Vilsendorf noch Optionen zur Nutzung von Räumen, die bisher noch nicht diskutiert wurden?

Frau Beckmann erklärt, dass aufgrund des Zeitdrucks derzeit Modulbauten favorisiert werden. Im Bestand muss man immer auch mit Altlasten wie z.B. Asbest rechnen.

Herr Novak erklärt, was an der GS Theesen angedacht ist, ist eine Verbindung zwischen dem bestehenden Baukörper und dem neuen Erweiterungsbau. Es muss zeitlich schnell Platz geschaffen werden. Das muss eng mit den Schulen abgestimmt werden.

Die Bezirksvertretung fasst folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Jöllenbeck beschließt den Erweiterungsbau (Zugewerterung) als 2-geschossigen Systembau am vorgeschlagenen Standort.

bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen

Zu Punkt 6

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschriften über die 20. Sitzung der Bezirksvertretung Jöllenbeck am 19.01.2023 und die 21. Sitzung der Bezirksvertretung Jöllenbeck am 09.02.2023

Herr Feurich-Tobien (Bündnis 90/Die Grünen) fragt, ob es schon Erkenntnisse zu seinem Einwand zur 20. Sitzung gibt. Herr Feurich-Tobien (Bündnis 90/Die Grünen) erklärte zur Genehmigung der Niederschrift der 20. Sitzung zu TOP 8, dass vor seiner im Protokoll aufzunehmenden Einlassung auf Seite 24 der wichtigste Satz des Bezirksbürgermeisters fehlt:

Er bezeichnet die Antwort des Umweltamtes als ein Pamphlet unter aller Kanone.

Frau Strobel erklärt, dass diese Äußerung im Protokoll nicht wörtlich aufgenommen wurde, da Protokolle möglichst sachlich dargestellt werden sollen und da Herr Bartels auf Seite 24 zwei Mal mit einer kritisierenden Äußerung zu der Stellungnahme des Umweltamtes aufgeführt ist:

Eingangs des Absatzes:
Herr Bezirksbürgermeister Bartels findet es eine Zumutung.
Am Ende dieses Absatzes:
Alles, was vom Umweltamt angeführt wird, ist nicht zutreffend.

Nach Prüfung der Aufnahme äußerte sich Herr Bartels eingangs der Sitzung wie folgt:

„Dazu haben wir heute ein Pamphlet bekommen, unter aller Kanone.“

Dieser Satz ist lt. Herrn Feurich-Tobien als Wortlaut eingangs des Protokolls zu TOP 8 aufzunehmen.

Herr Bezirksamtsleiter Hansen erklärt, dass Beschlussprotokolle erstellt werden sollen. Aufgenommen werden sollen die Äußerungen, die wesentlich zur Beschlussfassung beigetragen haben.

Die Bezirksvertretung fasst folgenden **abgeänderten**

Beschluss:

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Jöllenbeck vom 19.01.2023 (Ifd. Nr. 20) wird **unter Berücksichtigung der vorgenannten Änderung zu TOP 8** nach Form und Inhalt genehmigt.

einstimmig beschlossen

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Jöllenbeck vom 09.02.2023 (Ifd. Nr. 21) wird nach Form und Inhalt genehmigt.

bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen

-.-.-

Zu Punkt 7

Mitteilungen

Frau Strobel macht folgende Mitteilungen:

7.1 Folgende Informationen wurden per Mail an alle Bezirksvertretungsmitglieder geleitet:

- Die Aufstellung der Halteverbotsschilder in der Bohlestraße und in der Johanne-Kötter-Straße
- Zwei Beschlüsse des Schul- und Sportausschusses zum Schüleranmeldeverfahren an den Grundschulen zum Schuljahr 2023/24
- Ein Schreiben des Oberbürgermeisters der Stadt Bielefeld zum Themenkomplex „Anspruch auf einen Schulplatz/Anmeldeüberhang“

7.2 Das Umweltamt macht folgende Mitteilung zu Amphibienschutzmaßnahmen 2023 im Stadtbezirk Jöllenbeck:

Im Stadtbezirk Jöllenbeck werden im Frühjahr 2023 an 10 Straßenbereichen Maßnahmen zum Schutz von Amphibien auf ihrem Weg zu den Laichgewässern durchgeführt.

Übersicht:

Ganztägige Vollsperrung:

Belzweg

Beschilderung, Schutzzäune, Betreuung durch ehrenamtlich Tätige:

Beckendorfstraße

Beckendorfstraße-Dreermann

Telgenbrink

Eickumer Straße (L 543)

Pödinghauser Straße (L 855)

Hinweisbeschilderung mit aktivierter Blinkleuchte:

Blackenfeld

Laarer Straße

Örkenweg

Waldstraße

Spätestens mit steigenden Temperaturen ist in niederschlagsreichen Nächten mit dem Beginn der Amphibienwanderung zu rechnen. Das Umweltamt übernimmt die Koordination der Maßnahmen. Der Landesbetrieb Straßen NRW ist für den Zaunaufbau an der Eickumer Straße und Pödinghauser Straße zuständig. Der Zaunaufbau an den Bielefelder Straßen im Stadtbezirk Jöllenbeck ist bereits abgeschlossen.

Die Vollsperrung am Belzweg ist auf die Dauer von ca. 5 Wochen begrenzt. Sie wird von den Mitarbeitern des Umweltbetriebes mit Wanderbeginn eingerichtet werden und voraussichtlich Anfang/ Mitte März beginnen. Alle Grundstücke sind ohne ein Öffnen der Sperren zu erreichen. Die Rettungsdienste haben die geeigneten Schlüssel, um die Absperrung im Notfall zu öffnen.

Die saisonalen Schutzmaßnahmen können aufgrund des hohen Betreuungsaufwandes immer nur während der Hauptwanderzeit durchgeführt werden. Schwerpunkte des Schutzes sind die Sicherung der Hinwanderung der Kröten, Frösche und Molche zu ihren Geburtsgewässern und der sich anschließenden Rückwanderung in ihre Sommerlebensräume.

Die Bürger und Bürgerinnen werden um Verständnis für die Artenschutzmaßnahmen und Rücksichtnahme gegenüber den ehrenamtlichen Betreuer/-innen der Schutzzäune gebeten. Diese kontrollieren die Eimer und tragen die Tiere frühmorgens und spätabends über die z. T. sehr stark befahrenen Straßen.

Die ehrenamtlichen Betreuer/-innen freuen sich über jede Unterstützung. Besonders an der Beckendorfstraße, der Eickumer Straße und der Pödinghauser Straße werden noch Betreuer/-innen gesucht. Weitere Informationen: <https://www.bielefeld.de/amphibien>

7.3 Das Ordnungsamt macht folgende Mitteilung:

Mitteilung der Verwaltung Start der Mobilen Sprechstunde des Kommunalen Ordnungsdienstes (KOD)

Seit 2018 gibt es im Ordnungsamt neben dem Zentralen Außen- und Vollzugsdienst (ZAV) und der Stadtwache auch einen sog. Präsenzdienst, der anfangs mit 5 Mitarbeitern als ZAV mobil zunächst in Brackwede, später im gesamten Stadtgebiet losgelöst von Einzelaufträgen Plätze, Parks und sonstige Örtlichkeiten bestreifte. In der Folgezeit ergaben sich – nicht zuletzt auch forciert durch die Corona-Pandemie – immer mehr Bedarfe für die Erreichbarkeit des Ordnungsamtes und Präsenzen der Ordnungskräfte im gesamten Stadtgebiet. Das bereits vor der Pandemie eingerichtete Ordnungstelefon ist ein Erfolgsmodell und die Stadtbevölkerung nimmt das Angebot der umfassenden Erreichbarkeit an. Seit 2021 verfügt das Ordnungsamt über einen Kommunalen Ordnungsdienst (KOD) zur Wahrnehmung von Aufgaben zur Gewährleistung und Stärkung der Sicherheit und des Sicherheitsempfindens der Bielefelder Bevölkerung sowie von Besuchern/-innen und Gästen der Stadt.

Im Zuge der Implementierung des KOD wurde den politischen Gremien u.a. auch die Idee zur Einführung einer Mobilen Sprechstunde in den Stadtbezirken angekündigt.

Nach Auslaufen der Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie wurde das jetzt aufgegriffen und die Mobile Sprechstunde soll in diesem Jahr als Pilotprojekt in allen Stadtbezirken erprobt werden. Ziel ist es zu den Leuten zu gehen und die Arbeit und Aufgaben des Außendienstes und des Ordnungsamtes vorzustellen und eine niedrigschwellige weitere Anlaufstelle für die Anliegen der Bevölkerung bezüglich Sicherheit und Ordnung im Stadtgebiet, dem Stadtbezirk oder dem näheren Wohnumfeld anzubieten.

Im Zeitraum April bis Oktober 2023 soll in jedem Stadtbezirk jeweils einmal die Mobile Sprechstunde angeboten werden. Standorte und die zeitliche Reihenfolge wurden mit den Bezirksämtern und Stadtbezirksmanagements abgestimmt. Auf Wunsch der Bezirke sollen die Termine teilweise zeitgleich neben dem Wochenmarkt stattfinden.

Monat	Stadtbezirk	Geplante Standorte ¹⁾
April	Jöllennebeck	Marktplatz
Mai	Heepen	Marktplatz/Amtsplatz
Mai	Stieghorst	Marktplatz Schneidemühler Str./ Ecke Stieghorster Str.
Juni	Sennestadt	Reichowplatz
August	Senne	Neuer Marktplatz
August	Brackwede	Treppenplatz
September	Dornberg	Platz am ehemaligen Bezirksamt
September	Schildesche	Platz an der Stiftskirche
Oktober	Mitte	Siegfriedplatz oder Kesselbrink
Oktober	Gadderbaum	Bethelplatz

1) In Einzelfällen können sich noch Änderungen ergeben z.B. wenn der Platz aus besonderen Gründen nicht zur Verfügung steht

Die konkreten Termine werden derzeit mit den o.a. Beteiligten abgestimmt. Auf das Angebot sowie Orte und Zeiten soll immer zeitnah in den Medien und durch Aushänge hingewiesen werden.

Nach Abschluss der Pilotphase wird das Projekt evaluiert und das Ergebnis in den Bezirksvertretungen und dem Fachausschuss vorgestellt. Ziel ist dieses Angebot dauerhaft für die Bevölkerung anzubieten, ggf. auch in Verbindung mit besonderen Anlässen wie z.B. Stadtteilstellen.

-.-.-

Zu Punkt 8

Anfragen

Zu Punkt 8.1

Planungsstand Neubau Rettungswache Jöllennecker Straße (Anfrage der CDU-Fraktion v. 17.02.2023)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5653/2020-2025

Die CDU-Fraktion stellt folgende Anfrage

Wie ist der derzeitige Planungsstand der Rettungswache an der Jöllennecker Straße?

Zusatzfrage:

Wann wird das Projekt der Bezirksvertretung vorgestellt:

Antwort Anfrage:

Die Bauantragsunterlagen werden in den nächsten Wochen erstellt. Derzeit werden noch Fragen zur Entwässerung und zur Grundstücksvermessung geklärt. Der Bauantrag wird voraussichtlich Mitte/Ende März durch den ISB eingereicht.

Antwort Zusatzfrage:

Im Zuge der Stellung des Bauantrages wird auch eine Präsentation zur Vorstellung der Planungen in Form einer Informationsvorlage durch den ISB für die Bezirksvertretung Jöllenbeck erstellt. Diese wird voraussichtlich am 20.04. in der BV Jöllenbeck und am 18.04. dem BISB vorgestellt.

Zu Punkt 8.2 Umbaumaßnahmen zur Sicherung des Schulweges an der Grundschule Dreekerheide (Anfrage der CDU-Fraktion v. 02.03.2023)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5752/2020-2025

Die CDU-Fraktion stellt folgende Anfrage:

Wann wird mit den Umbaumaßnahmen zur Sicherung des Schulweges an der Grundschule Dreekerheide begonnen?

Hierzu liegt noch keine Stellungnahme der Fachverwaltung vor.

Zu Punkt 8.3 Berücksichtigung der Änderungswünsche der BV Jöllenbeck im Bauantrag für das Kombibad - Nachfrage v. Herrn Feurich-Tobien (Bündnis 90/Die Grünen zur Stellungnahme des Bauamtes zur Anfrage der SPD-Fraktion)

Anlass:

Anfrage der SPD-Fraktion zum Thema Kombibad, neue bzw. ergänzende Fragestellung zur Anfrage vom 09.02.2023

Wortmeldung:

Herr Feurich-Tobien (Bündnis 90/Die Grünen) erklärt zu Punkt 1 der Antwort, dass in der BV beschlossen wurde, die Geschosshöhe der Bestandsgebäude im B-Plan beim Neubau zu erhöhen, damit dort auch höhere Gebäude möglich sind. Die Kollegin führt aus, dass das nicht Gegenstand des Bauantrages ist. Wir reden hier aber vom Bebauungsplan.

Herr Bezirksamtsleiter Hansen erklärt, dass die Frage falsch formuliert ist, weil es darin nicht um den „Antrag“, sondern um den B-Plan geht. Mit dem Hinweis wird die Frage noch einmal an das Bauamt geschickt.

Antwort:

Das vorhandene Gebäude des Jöllenbecker Freibads und TUS Jöllenbeck (Umkleide/Duschräume, WC, Technik, etc.) werden in dem laufenden B-Plan Verfahren zur Errichtung des Kombibads (II/J 40) überplant. Die Festsetzung zur Geschosshöhe erfolgte in Absprache mit der Grundstück- und Gebäudeeigentümerin (BBF - Bielefelder Bäder und Freizeit GmbH) sowie dem Immobilienservicebetrieb der Stadt Bielefeld. Vorge-

schrieben ist in den textlichen Festsetzungen unter Ziffer 2.2 als Zahl der Vollgeschosse maximal ein Vollgeschoss.

Für das Gebäude wurde keine Höhenbegrenzung festgelegt und es kann eine Aufstockung auf zwei Geschosse erfolgen, solange die $\frac{3}{4}$ der Grundfläche des darunterliegenden Geschosses nicht überschritten werden.

Zum Satzungsbeschluss hat die BV Jöllenberg die Erhöhung der Anzahl der Vollgeschosse beschlossen, unter der Voraussetzung, dass das Bauverfahren dadurch nicht verzögert wird. Da die Anpassung der Festsetzung zur Geschossigkeit jedoch die Grundzüge der Planung berühren würde, wäre in der Folge ein erneuter Entwurfsbeschluss mit erneuter Offenlage erforderlich gewesen, welches zu einem Zeitverzug des Planverfahrens geführt hätte.

Wortmeldung:

Herr Feurich-Tobien (Bündnis 90/Die Grünen) merkt an, dass es maximal 1 Staffelgeschoss geben wird?

Herr Bezirksbürgermeister Bartels bestätigt das, merkt aber auch an, dass man mit dem Bauamt im Bedarfsfall wird diskutieren wollen, ob hier Ausnahmetatbestände geltend gemacht werden können.

Zu Punkt 8.4

Bessere Versorgung mit öffentlichen Toiletten im Stadtbezirk Jöllenberg (Anfrage der CDU-Fraktion v. 30.10.2022)

Die CDU-Fraktion stellt folgende Anfrage:

Gibt es Überlegungen seitens der Verwaltung zur besseren Versorgung mit öffentlichen Toiletten im Stadtbezirk Jöllenberg? Wenn ja, ist bei den Überlegungen auch die Ausweitung der „Netten Toilette“ gedacht worden?

Hierzu teilt das Amt für Verkehr folgendes mit:

Sehr geehrte Damen und Herren,

grundsätzlich hat die Verwaltung den Wunsch der Politik zur besseren Versorgung mit öffentlichen Toiletten - auch im Stadtbezirk Jöllenberg - wahrgenommen. Eine Umsetzung scheitert jedoch derzeit noch am Fehlen konkret umsetzbarer Lösungsansätze.

Die stadtweit flächendeckende Versorgung mit öffentlichen Toilettenanlagen stellt eine immense finanzielle Herausforderung dar. Der Stadtbezirk Jöllenberg verfügt lediglich über zwei Standorte (Bezirksamt, Amtsstraße 13 und Friedhof Theesen, Theesener Straße 35)

Eine erhoffte spürbare Ausweitung des Angebotes an öffentlichen Toiletten ohne eigene Investitionen sollte durch die Etablierung des Konzeptes „Nette Toilette“ erfolgen.

Die geringe Teilnehmerzahl der Gastronomiebetriebe (und Bäckerei Cafés) verhindert jedoch eine akzeptable Netzdichte, insbesondere aufgrund der räumlichen Verteilung sowie der zeitlich eingeschränkten Verfügbarkeit.

Viele Gastronomen haben rechtliche Bedenken, wie sie bei Teilnahme an der Aktion und Aushang des Aufklebers „Nette Toilette“ mit unliebsamen Gästen umgehen können und versagen daher ihre Teilnahme.

Die Gastronomie verweist darauf, dass jedem vernünftig anfragenden Gast jederzeit Zutritt zur Toilette gewährt würde. Gleiches gilt auch für die Bäckerei-Cafés, die für ein verbessertes Angebot tagsüber von großer Bedeutung gewesen wären.

Außer sporadisch hinzukommenden Neuzugängen (wie im Zentrum Jöllenbecks das Bäckerei-Café Rolf, Beckendorfstr. 8), stagniert die Zahl der Teilnehmenden Betriebe. Aufgrund der oben dargestellten Erfahrungen wird aktuell von einer nochmaligen Bewerbung des Konzepts „Nette Toilette“ abgesehen.

Derzeit befindet sich eine Verwaltungsvorlage im Abstimmungsverfahren, die den aktuellen Sachstand zum Thema der öffentlichen Toiletten aufgreift. Hier wird auf kurzfristige Sofortmaßnahmen, die durch eine dezer-natsübergreifende Arbeitsgruppe im ersten Schritt untersucht wurden, und mögliche perspektivische Lösungsansätze eingegangen.

-.-.-

Zu Punkt 8.5 Stellplätze für neue Mitarbeitende an der GS Theesen (Anfrage der SPD-Fraktion v. 31.01.2023)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5504/2020-2025

Die SPD-Fraktion stellt folgende Anfrage:

Sind hinreichend Stellplätze für neue Mitarbeitende an der GS Theesen vorhanden?

Die Fachverwaltung hat zugesagt, diese Frage unter TOP 5 zu beantworten. Entsprechende Antworten wurden mitgeteilt.

-.-.-

Zu Punkt 8.6 Modulbau auf dem schon genutzten Areal der Grundschule Theesen errichten (Anfrage der SPD-Fraktion v. 31.01.2023)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5505/2020-2025

Die SPD-Fraktion stellt folgende Anfrage:

Hat die Verwaltung erwogen, den Modulbau auf dem schon genutzten Areal der Grundschule (Anmerkung der Schriftführung: Grundschule Theesen) zu errichten, z.B. direkt neben dem Parkplatz?

Die Fachverwaltung hat zugesagt, diese Frage unter TOP 5 zu beantworten. Entsprechende Antworten wurden mitgeteilt.

-.-.-

Zu Punkt 8.7 Direkter Durchgang zu dem bestehenden Schulgebäude durch das kleine Gehölz auf dem Schulgelände der Grundschule Theesen (Anfrage der SPD-Fraktion v. 31.01.2023)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5507/2020-2025

Die SPD-Fraktion stellt folgende Anfrage:

Ist ein direkter Durchgang zu dem bestehenden Schulgebäude (Anmerkung der Schriftführung: der Grundschule Theesen) durch das kleine Gehölz auf dem Schulgelände geplant?

Die Fachverwaltung hat zugesagt, diese Frage unter TOP 5 zu beantworten. Entsprechende Antworten wurden mitgeteilt.

-.-.-

Zu Punkt 9 Anträge

Zu Punkt 9.1 Die Straße Horstheider Weg zwischen Telgenbrink und Oberschelps Feld an den ÖPNV anbinden (Antrag der CDU-Fraktion v. 16.02.2023)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5654/2020-2025

Herr Strothmann (CDU) erklärt, dass verschiedene Personen an ihn herangetreten sind und sich eine Anbindung des Gebietes an den ÖPNV gewünscht haben, auch mit einer Querverbindung über die Theesener Straße nach Schildesche. Bedarfe sind vorhanden. Der Antrag soll geprüft werden.

Herr Feurich-Tobien (Bündnis 90/Die Grünen) stimmt dem Antrag ausdrücklich zu.

Herr Dr. Holtkamp (FDP) würde den Antrag unterstützen, er fragt jedoch, inwieweit an dem bestehenden 10-Jahresplan noch etwas zu verändern ist und welche Chancen dieser Antrag hat.

Herr Strothmann erklärt, dass das moBiel entscheiden müsse.

Die Bezirksvertretung fasst folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwiefern es möglich ist, die Straße Horstheider Weg zwischen Telgenbrink und Oberschelps Feld an den ÖPNV anzubinden.

einstimmig beschlossen

Zu Punkt 9.2

Tempo-30-Piktogramme auf dem Straßenbelag: Amtsstraße, Breede, Am Waldschlößchen, Örkenweg, Heidsieker Heide, Schnatsweg, Orchideenstraße (Antrag der SPD-Fraktion v. 20.02.2023)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5655/2020-2025

Frau Thöne (SPD) erklärt, dass solche Anliegen an vielen Stellen abgelehnt wurden. Nun sind Präzedenzfälle geschaffen worden. Es scheint so, dass man den Piktogrammen etwas aufgeschlossener gegenüber steht. Frau Thöne möchte auch den Epiphanienweg noch aufnehmen. Das wird nicht weiter verfolgt.

Herr Feurich-Tobien (Bündnis 90/Die Grünen) gibt zu bedenken, dass die inflationäre Nutzung von Tempo-30-Piktogrammen die Aufmerksamkeit von bestimmten Bereichen nimmt, weil diese Piktogramme bisher als Ausnahmen genutzt wurden, um auf entsprechende Gegebenheiten wie z.B. KiTen hinzuweisen. Es soll nur an bestimmten Stellen Piktogramme aufgebracht werden, wo es wirklich wichtig ist, um das nicht abzunutzen.

Herr Strothmann (CDU) stimmt dem Antrag zu. Den Gedanken von Herrn Feurich-Tobien kann er nachvollziehen, würde den Antrag jedoch so mittragen können.

Im Anschluss an eine kurze Diskussion fasst die Bezirksvertretung folgenden **abgeänderten**

Beschluss:

Die Verwaltung wird aufgefordert, **vorranging vor schützenswerten Einrichtungen** auf folgenden Straßen im Stadtbezirk eine „30“ auf dem Straßenbelag aufzutragen:

- Amtsstraße
- Breede
- Am Waldschlößchen
- Örkenweg
- Heidsieker Heide
- Schnatsweg
- Orchideenstraße

einstimmig beschlossen

Zu Punkt 9.3 Festlegung der Stellplätze im Stadtteil Jöllenbeck auf 1 pro Wohnung (Antrag des Vertreters der FDP v. 24.02.2023)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5715/2020-2025

Herr Dr. Holtkamp (FDP) hat eine Nachfrage gestellt, die sich aus einem Ortstermin in der Bohlestraße im Neubaugebiet Neulandstraße ergeben hat. Erst bei 130 qm großen Wohnungen ist ein vollständiger Stellplatz vorgesehen. Bei 25 qm großen Wohnungen wird für 4 Wohnungen ein Stellplatz errichtet. Bei dieser unbefriedigenden Antwort soll noch einmal nachgehakt werden. Jedoch ist auf NRW-Ebene geändert worden, sich Baden-Württemberg anzupassen. So ist in NRW ein Stellplatz pro Wohnung vorzusehen. Dann hätte er den Antrag eigentlich nicht mehr stellen müssen. Von Seiten des Stadtentwicklungsausschusses wurde ihm mitteilt, dass der Antrag in Bielefeld so nicht durchgehen wird. Herr Beigeordneter Moss habe einen Antrag gestellt, dass die Stadt Bielefeld keine eigene Verordnung erlässt. Das ist umstritten.

Um zu verhindern, dass die oben genannten Regelungen weiter gelten, hat Herr Dr. Holtkamp diesen Antrag gestellt, zumindest in den Außenbereichen mehr Stellplätze vorzusehen. Wenn 70 – 80 % der Familien Autos haben, ist nicht davon auszugehen, dass in den Neubaugebieten in Jöllenbeck die Stellplätze ausreichen.

Herr Stiesch (Die Linke) hat mit Vertreter/innen des Stadtentwicklungsausschusses gesprochen. Eine Vorlage ist in Arbeit. Er möchte den Antrag hier nicht behandeln und abwarten, welche Vorschläge die Verwaltung macht. Da diese Vorlage aus dem StEA auch die Bezirksvertretungen betrifft, soll das abgewartet werden.

Herr Dr. Holtkamp sieht keinen Hinderungsgrund, für Jöllenbeck diesen Antrag zu stellen und so zu planen, dass wir für jede Wohnung einen Stellplatz haben.

Herr Strothmann (CDU) stimmt Herrn Dr. Holtkamp zu. 1 Stellplatz muss einfach sein. Die Vorlage ist in Arbeit und wird in die Bezirksvertretungen kommen. Abschließend wird im Stadtentwicklungsausschuss beschlossen. Der Antrag wird auf dem Weg unnötig. Die Hauptdiskussion wird im StEA geführt. Wenn die Vorlage in die Bezirksvertretungen kommt, soll dieser Antrag mitdiskutiert werden.

Herr Feurich-Tobien (Bündnis 90/Die Grünen) bestätigt Herrn Strothmann. Der Antrag soll zurückgestellt werden bis der Entwurf des StEA da ist und anschließend gezielt daran gearbeitet werden. Ein Stellplatz pro Wohnung heißt, 1 Stellplatz pro Wohneinheit. Wenn wir das Familien, die bauen wollen, vorschreiben und diese vielleicht gar kein Auto haben wollen, sondern 4 Fahrräder, müssen diese trotzdem einen PKW-Stellplatz

errichten. Ist es dann sinnvoll, einen Stellplatz vorzuschreiben? Daher möchte Herr Feurich-Tobien ebenfalls den Entwurf aus dem StEA abwarten.

Frau Thöne (SPD) empfindet den Antrag als richtig, er soll weiterverfolgt werden. Sie findet es auch richtig, die Vorlage abzuwarten und abzustimmen, wenn diese vorliegt. Sie kann dem Ansinnen von Herrn Feurich-Tobien nicht ganz zustimmen. Im Neubaugebiet Neulandstraße sieht man Chaos und Desaster, wenn nur 0,5 Stellplätze vorhanden sind. Die Straßenbahn kommt vielleicht erst in 30 Jahren. Es wird immer noch Fahrzeuge geben. Es muss auch ein Elektroauto genutzt werden können. 1 Stellplatz ist sinnvoll.

Herr Strothmann erinnert daran, dass PKW-Zulassungen zunehmen. An der Straße Am Bollhof sind die Straßenränder zugeparkt. Die Kehrmaschinen kommen nicht mehr durch. Das ist überall so. 0,5 Stellplätze sind definitiv zu wenig. Er bittet jedoch, die inhaltliche Diskussion zu beenden und den Antrag zu vertagen.

Herr Feurich-Tobien erklärt, bei Wohnblöcken einen anderen Stellplatzschlüssel zu benötigen als z.B. in einer Einfamilienhaus-Siedlung. 1 Stellplatz pro Wohneinheit ist nicht gezielt genug. Die Vorlage aus dem StEA soll abgewartet werden.

Herr Bezirksbürgermeister Bartels erklärt, dass er nicht mittragen kann, dass in Mehrfamilienhäusern und Eigenheim-Siedlung der Stellplatzschlüssel unterschiedlich sein muss. 1 Stellplatz pro Wohneinheit soll für alle gelten. Fahrzeuge stehen sonst im öffentlichen Raum. Nach seiner Erfahrung gibt es derzeit 2 Fahrzeuge pro Familie. Herrn Strothmann ist es wichtig, der Lebenswirklichkeit der Menschen zu folgen.

Herr Dr. Holtkamp erklärt, dass die Zahl der Stellplätze nicht davon abhängt, ob viel oder wenig gefahren wird, sondern davon, ob ein Auto gekauft wird oder nicht. Wer mehr mit Fahrrad oder Bus unterwegs ist, aber noch ein Auto hat, muss das zu Hause stehen lassen. Wenn wir auf Elektrofahrzeuge umsteigen wollen, aber nicht entsprechend viele Ladesäulen schaffen, müssen die Fahrzeuge zu Hause geladen werden. Das ist nur mit einem Stellplatz möglich.

Herr Dr. Holtkamp (FDP) erklärt sich bereit, den Antrag bis zur Vorlage der Vorlage aus dem Stadtentwicklungsausschuss zu vertagen.

vertagt

-.-.-

Zu Punkt 9.4

Absenkung des Bordsteins des Gehweges am Schnatsweg gegenüber der Einmündung Neulandstraße (Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen v. 26.02.2023)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5734/2020-2025

Frau Kleinekathöfer (Bündnis 90/Die Grünen) verweist auf die Begründung zum Antrag. Die Querung des Schnatswegs ist unnötig schwierig, besonders z.B. mit Rollator, Kinderwagen oder Rollstuhl.

Herr Jung (CDU) stimmt dem Antrag zu. Er erinnert an eine ähnliche Situation in der Marsstraße.

Frau Thöne (SPD) stimmt dem Antrag ebenfalls zu

Die Bezirksvertretung fasst folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Absenkung des Bordsteins des Gehweges am Schnatsweg gegenüber der Einmündung Neulandstraße zu veranlassen.

einstimmig beschlossen

Zu Punkt 9.5

Änderungsantrag zur Drucksachen-Nr. 4324/2020-2025 "Außerschulische Nutzung von Schulaußenanlagen" (gem. Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der CDU v. 27.02.2023)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: (5731/2020-2025)

Dieser Tagesordnungspunkt wird unter TOP 10.1 beraten.

Zu Punkt 10

Außerschulische Nutzung von Schulaußenanlagen durch Dritte 3. Lesung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4325/2020-2025/1

Herr Bezirksamtsleiter Hansen erklärt, dass der Jugendhilfeausschuss diese Vorlage als 2. Lesung beschlossen hat.

Die Bezirksvertretung fasst folgenden

Beschluss:

einstimmig abgelehnt

Zu Punkt 10.1

Änderungsantrag zur Drucksachen-Nr. 4324/2020-2025 "Außerschulische Nutzung von Schulaußenanlagen" (gem. Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der CDU v. 27.02.2023)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5731/2020-2025

Herr Feurich-Tobien (Bündnis 90/Die Grünen) erklärt, dass die diskutierten Punkte im nun vorliegenden Änderungsantrag in Form gebracht wurden.

Herr Strothmann (CDU) bestätigt, dass alles, was diskutiert wurde, im Beschlusstext enthalten ist und dass nun darüber abgestimmt werden soll.

Herr Stiesch (Die Linke) stimmt dem zu.

Über den Änderungsantrag zu TOP 10 des Vertreters der Partei FDP wird wie folgt abgestimmt:

Beschluss:

1. Die Vorlage der Verwaltung wird abgelehnt.

Stattdessen empfiehlt die BV Jöllenbeck dem Schul- und Sportausschuss zu beschließen:

1. Möglichst viele Schulhöfe sollen außerhalb der Schulzeiten für Kinder und Jugendliche zur Verfügung stehen. Die Verwaltung erarbeitet dazu mit den jeweiligen Schulleitungen individuelle, quartiers- und schulbezogene Lösungen, um die Öffnung der Schulhöfe für die Schulen möglich zu machen. Der reibungslose Ablauf des Schulbetriebs hat dabei oberste Priorität.
2. Die Verwaltung stellt den Schulleitungen eine zentrale Anlaufstelle zur Verfügung, die kurzfristig auf Anforderung der Schulen tätig werden kann, um auftretende Schäden durch Vermüllung, Vandalismus oder ähnlichem umgehend, mindestens aber am gleichen Schultag der Meldung, zu beseitigen, um einen reibungslosen und ungestörten Schulbetrieb zu gewährleisten.
3. Die Verwaltung stellt sicher, dass kurzfristig eine Bestreifung von Schulgeländen möglich ist, wenn es dort wiederholt zu Vorkommnissen kommt, um Störungen frühestmöglich zu unterbinden, bevor sich Fehlverhalten von Gruppen etablieren kann.

dafür 9 Stimmen

dagegen 5 Stimmen

mit Mehrheit beschlossen

Zu Punkt 10.2

Änderungsantrag zur Drucksachennummer 4325/2020-2025 „Außerschulische Nutzung von Schulaußenanlagen durch Dritte“ (gem. Änderungsantrag des Vertreters der Partei FSP v. 09.03.2023)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: fehlt noch

Herr Dr. Holtkamp (FDP) bringt einen Änderungsantrag zum Änderungsantrag als Tischvorlage ein. Wesentliches Ziel muss sein, möglichst viele Schulhöfe zu öffnen, um diese auch nach Schulschluss nutzbar zu machen. Er hat Bedenken, dass bei allen Restriktionen, die auferlegt werden, die Zahl reduziert werden könnte. Das hat ihn auch bei der ursprünglichen Vorlage gestört. Es sollte ein Schließdienst eingerichtet werden. Wenn das nicht zustande käme, wäre eine Öffnung gefährdet. Bei dem nun formulierten Antrag ist es so, dass da Inhalte eine großzügige Öffnung gefährden, nämlich, dass innerhalb Tagesverlauf ein Reinigungsdienst zur Verfügung stehen soll und dass die Polizei sich darauf vorbereiten muss, unverzüglich einzugreifen. Das empfindet Herr Dr. Holtkamp als zu weitgehend, weil es Vorlagen dahingehend gegeben hätte, dass das Projekt dann scheitert. Es ist klar, dass Schulleitungen und Verwaltungen sich über die Bedingungen einigen müssen, worunter eine Öffnung möglich ist. Sein Ziel war, die Öffnung zunächst nicht in Frage zu stellen, sondern nur über die Konditionen zu verhandeln. Die Entscheidung muss letztendlich den Schulleitungen überlassen werden. Es geht mehr um finetuning.

Frau Kleinekathöfer (Bündnis 90/Die Grünen) erklärt, dass es auch die Intention ihrer Fraktion sei, alles möglichst einfach zu machen. TOP 2 des Änderungsantrags sei eher eine Bremse. Es muss eine schulbezogene Lösung gefunden werden. Eine stadtweite Regelung ist eher eine Bremse. Bei einer zentralen Anlaufstelle reicht eine Person und eine Telefonnummer aus, die ansprechbar ist. Wenn der Bedarf größer wird, muss das geprüft werden. Es muss nicht eine Person permanent zur Verfügung stehen. Es soll aber eine Anlaufstelle geben. Eine Öffnung soll nicht verhindert werden.

Herr Strothmann (CDU) sieht das ähnlich. Der erste Änderungsantrag ist kurz und knackig formuliert. Er ist nicht bereit, sich mit einem so umfangreichen Änderungsantrag als Tischvorlage zu befassen.

Herr Stiesch (Die Linke) empfindet den Ursprungsantrag als offen genug und bleibt dabei.

Frau Thöne (SPD) hat sich mit dem Thema ausführlich befasst. Grundsätzlich ist man nah beieinander und wolle das Selbe. Sie schlägt vor, in dem 1. Änderungsantrag 2 Sätze zu ändern. Alle wollen, dass die Schulhöfe geöffnet werden, dass die Schulleitungen großzügig einbezogen werden und dass eine Anlaufstelle vorhanden ist.

Herr Strothmann erklärt, alle hätten genug Zeit gehabt, sich mit dem 1. Änderungsantrag zu befassen. Er besteht darauf, dass dieser so abgestimmt wird.

Herr Stiesch stimmt dem zu.

Über diesen Änderungsantrag des Vertreters der Partei FDP wird wie folgt abgestimmt:

Beschluss:

1. Die Vorlage der Verwaltung wird abgelehnt.
2. Primäres Ziel der Neuregelung ist es, möglichst viele Schulhöfe außerhalb der Schulzeiten für die Nutzung durch Kinder und Jugendliche zur Verfügung zu stellen. Die Bezirksvertretung Jöllenbeck schlägt vor, dass dazu zunächst allgemeine Anforderungen an die Öffnung der Schulhöfe in der Stadt Bielefeld formuliert werden, für die die bestehende Verfügung des Beigeordneten für Schule aus dem Jahre 1972 die Grundlage bildet.
3. Zur Umsetzung dieser Anforderungen sollen mit den Schulleitungen quartiersbezogene, individuelle Lösungen erarbeitet werden. Der reibungslose Ablauf des Schulbetriebs hat dabei oberste Priorität. Außerdem ist zu gewährleisten, dass bestehende Vorgaben nach den Kriterien Sicherheit, Sauberkeit, Finanzierbarkeit, Durchführbarkeit in der Organisation und Kompatibilität mit anderen Regeln und Gesetzen erfüllt werden.
4. Für Fälle, in denen durch die Öffnung der Schulhöfe Schäden oder Verunreinigungen verursacht werden, die über solche aus dem Schulbetrieb deutlich hinausgehen, müssen bereits vor der Öffnung Vorkehrungen getroffen werden, so dass jeder Schulhausmeister unkompliziert und schnell Hilfe anfordern kann.
5. Ebenso ist zu gewährleisten, dass bei Hinweisen auf Straftaten eine Bestreifung durch das Ordnungsamt von den Schulleitungen kurzfristig eingefordert werden kann.
6. Zur Vorbereitung gegen soziales Fehlverhalten oder Straftaten sollte bereits vor der Öffnung der Schulhöfe, aber auch bei akuten Verstößen die Mitarbeiter der städtischen Streetworker bzw. der aufsuchenden Sozialarbeiter anderer Organisationseinheiten gesucht werden, um bei dem verursachenden Personenkreis eine Verhaltensänderung zu initiieren.

dafür 5 Stimmen
dagegen 9 Stimmen
mit Mehrheit abgelehnt

Zu Punkt 11

Festlegung des Ausbaustandards für die verkehrliche Erschließung des Gebietes "Wohnen der Straße Böckmannsfeld, westlich der Straße Düsterfeld" (B-Plan II/J 39)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5544/2020-2025

Das Amt für Verkehr musste aus Krankheitsgründen eine Teilnahme an dieser Sitzung kurzfristig absagen.

Herr Bezirksbürgermeister Bartels erklärt, dass die Anlage 1 das Plangebiet darstellt und die Anlage 2 den Ausbauquerschnitt.

Herr Feurich-Tobien (Bündnis 90/Die Grünen) erklärt, dass die Fachverwaltung anwesend sein sollte, um Detailfragen direkt zu klären. Das ist leider nicht der Fall.

1. Es soll ein Änderungs- bzw. Ergänzungsantrag zur LED-Beleuchtung gestellt werden:
„Die Lichtfarbe der LED-Leuchtmittel orientiert sich an den Vorgaben des Biosphärenreservats Rhön, um eine möglichst insektenfreundliche Beleuchtung zu realisieren.“
2. Es gibt zu wenig Bäume. Auf der gesamten Planstraße sind nur 3 Bäume geplant. Mit dem Querschnitt wären mehr Straßenbäume möglich gewesen. Aus Mitteilungen zu letzten Sitzungen scheint es ratsam, dies im Vorfeld zu den Ausbaustandards einzufordern, damit die Versorgungsleitungen entsprechen verlegt werden müssen. Daher sollen künftig schon im Bebauungsplanverfahren Baumscheiben eingefordert werden.
3. Das ganze Gebiet ist als Tempo-30-Zone ausgelegt, entspricht der Meinung seiner Fraktion nach mit dem Straßenquerschnitt mit der Verkehrsmischfläche und der Pflasterung dem, was man eher als verkehrsberuhigten Zone ausweisen würde.

Da die Fachverwaltung nicht anwesend ist, was sehr schade ist, können diese Fragen hier nicht geklärt werden. Die LED-Farbe und die verkehrsberuhigte Zone sollten jedoch beantragt werden.

Herr Strothmann (CDU) kann dem Antrag zur LED-Beleuchtung zustimmen, würde die Beschlussvorlage ansonsten so abstimmen wollen. Weitere Baumscheiben und eine verkehrsberuhigte Zone sieht er nicht als erforderlich an.

Herr Dr. Holtkamp (FDP) unterstützt den Vorschlag von Herrn Feurich-Tobien.

Frau Thöne (SPD) fragt nach den Unterschieden zwischen Tempo-30-Zone und verkehrsberuhigtem Bereich.

Herr Strothmann und Herr Stiesch (Die Linke) erklären, dass man in einem verkehrsberuhigten Bereich nur auf ausgewiesenen, markierten Stellen parken darf und dass dort Schrittgeschwindigkeit herrscht.

Herr Bartels erklärt, dass es bestimmte Bedingungen für einen verkehrsberuhigten Bereich gibt. Das sind: markierte Stellplätze, es muss eine Aufenthaltsqualität gegeben sein, die Straße darf nicht zu lang sein und es dürfen nicht zu viele Wohneinheiten vorhanden sein. Der gepflasterte Grund legt eine Aufenthaltsqualität nahe. Es gibt hier demnächst eine durchgängige Verbindung über das Düsterfeld und die Amboßstraße. Eine Kennzeichnung als verkehrsberuhigtes Gebiet würde auch der

Schleichwege-Diskussion entgegenstehen. Viele Anwohner werden bei Stau sicherlich diese Abkürzung fahren, was zu Beschwerden der Anwohner/innen führt. Herr Bartels befürwortet daher einen verkehrsberuhigten Bereich.

Herr Strothmann äußert, dass er nie auf die Idee käme, diese Abkürzung zu nutzen.

Herr Bartels erinnert an die langen Diskussionen um den Langhansweg.

Herr Dr. Holtkamp (FDP) berichtet von seinen Erfahrungen in einem Baugebiet mit 50 Häusern mit einem verkehrsberuhigten Bereich. Es gab eine große hindernisfreie Ringstraße drum herum und trotzdem fuhren geschätzte 50 % durch das Baugebiet.

Herr Strothmann möchte die Vorlage mit der Ergänzung der insektenfreundlichen Beleuchtung abstimmen.

Herr Feurich-Tobien erklärt, es sei noch etwas Zeit bis zum Ausbau. Er schlägt 1. Lesung vor, damit die Verwaltung die Fragen zum verkehrsberuhigten Bereich und zu den Baumscheiben beantworten kann.

Herr Bezirksamtsleiter Hansen erklärt, dass dadurch das Bebauungsplanverfahren verzögert würde.

Herr Bartels sagt, dass der Satzungsbeschluss noch aussteht. Er sieht kein Problem darin, die Ergänzungen einzeln abzustimmen. Es werden folgende Ergänzungsanträge gestellt:

Zu b) Die Lichtfarbe der LED-Leuchtmittel orientiert sich an den Vorgaben des Biosphärenreservats Rhön, um eine möglichst insektenfreundliche Beleuchtung zu realisieren.

einstimmig beschlossen

Neu c) Die Bezirksvertretung Jöllenbeck beschließt, dass die neue Planstraße zwischen Bauende und Bauanfang als verkehrsberuhigter Bereich ausgewiesen wird.

dafür 7 Stimmen
dagegen 5 Stimmen
Enthaltungen 1
mit Mehrheit angenommen

Die Bezirksvertretung fasst folgenden **erweiterten**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Jöllenbeck beschließt vorbehaltlich des Satzungsbeschlusses:

a) Der Anlage der neuen Erschließungsstraßen innerhalb des Plangebietes entsprechend der beigefügten Planung (Anlage 1 + 2) wird zugestimmt.

- b) Der Errichtung der Straßenbeleuchtung in den Erschließungsstraßen im Zuge des Straßenbaus in Form von LED-Leuchten auf einem 4 bis 5 m Mast wird zugestimmt. **Die Lichtfarbe der LED-Leuchtmittel orientiert sich an den Vorgaben des Biosphärenreservats Rhön, um eine möglichst insektenfreundliche Beleuchtung zu realisieren.**
- c) **Die Bezirksvertretung Jöllenbeck beschließt, dass die neue Planstraße zwischen Bauende und Bauanfang als verkehrsberuhigter Bereich ausgewiesen wird.**

abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen

-.-.-

Zu Punkt 12

Umsetzung der Mobilitätsstrategie 2030 **hier: Darstellung des Umsetzungskonzeptes zur Realisierung der Mobilitätsstationen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5458/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Bartels kritisiert, dass die Bezirksvertretung nicht im Vorfeld einbezogen wurde. Es gibt eine Reihe von Gründen, die gegen den Standort stimmen.

Herrn Strothmann (CDU) ist es unverständlich, dass das Projekt nicht vorher vorgestellt wurde.

Die Bezirksvertretung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 13

10 + 1 Bäume für die Opfer rassistischen Terrors

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5584/2020-2025

Der Integrationsrat hat folgenden ergänzenden Beschluss gefasst:

Der Integrationsrat empfiehlt dem Rat darüber hinaus den Ausbaustandard B mit Stelen und Sitzbänken zu beschließen. Zur Finanzierung soll ein Budget von 83.000 Euro aus den Restmitteln des Integrationsbudgets zur Verfügung gestellt werden.

Das Dezernat für Soziales und Integration teilt dazu folgendes mit:

Der IR hat in seiner Sitzung vom 22. Februar 2023 den Beschlussvorschlag um folgende Empfehlung ergänzt: „Der Integrationsrat empfiehlt dem Rat darüber hinaus den Ausbaustandard B mit Stelen und Sitzbän-

ken zu beschließen. Zur Finanzierung soll ein Budget von 83.000 Euro aus den Restmitteln des Integrationsbudgets zur Verfügung gestellt werden.“ und mit dieser Ergänzung beschlossen.

Die Verwaltung wird eine Finanzierung aus dem Integrationsbudget prüfen. Die Verwaltung empfiehlt den Bezirksvertretungen, den gewählten Standort zu beschließen und gleichzeitig auch zu entscheiden, welche Ausführung an diesem Standort gewünscht wird (Grundaufführung, Ausbaustufe A mit erklärender Tafel, Ausbaustufe B mit Sitzgelegenheit). Die Verwaltung wird dann diese Beschlüsse zusammenfassen und dem Rat zur Entscheidung vorlegen.

Herr Feurich-Tobien (Bündnis 90/Die Grünen) begrüßt die Vorlage. Er befürwortet jedoch, den Standort vor dem Bezirksamt zu ändern, da dort schon Bäume stehen. Außerdem ragt die Krone des schnell wachsenden Baumes in das Lichtraumprofil der Bushaltestelle. Er würde befürworten, einen Baum in die Nähe des Quartierszentrums zu pflanzen.

Herr Kläs (SPD) befürwortet den geänderten Standort, erinnert aber an das aufkommende Müllproblem.

Herr Jung (CDU) erklärt, dass es zum Baum am Quartierszentrum noch eine andere Idee gibt. Alternativ soll ein Baum mit Bank auf die ehemalige Festplatzwiese am Kleinbahnhof gepflanzt werden. Eine Bank wurde schon beantragt und genehmigt, aber noch nicht umgesetzt.

Die Bezirksvertretung fasst folgenden **abgeänderten**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Jöllenbeck empfiehlt in ihrer Zuständigkeit, der Rat beschließt die Umsetzung des Projekts „10 + 1 Bäume für die Opfer rassistischen Terrors“ entsprechend der dargelegten Ausgestaltung. **Der Standort für den Baum vor dem Amtshaus soll auf die ehem. Festplatzwiese an der Straße Im Hagen verlegt werden.**

abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen

-.-.-

Zu Punkt 14

Vergabe von Sondermitteln des Stadtbezirks Jöllenbeck im Haushaltsjahr 2023

Herr Bezirksbürgermeister Bartels erklärt, wie die Arbeitsgruppe zu den vorgesehenen Summen gekommen ist.

Die Arbeitsgruppe hat sich am 02.03.2023 auf die Vergabe folgender Sondermittel geeinigt:

Jahr:	2023	Jahresansatz:	6.137,00 €	6.137,00 €
Nr.	Antragsteller	Zuschussobjekt	beschlossener Zuschuss	
1.	TuS Jöllenbeck	Anschaffung von 10 neuen Minireitern (Bazookagoal 150 x 90) zu je 136,- €	680,00 €	
2.	AWO Kreisverband Bielefeld e.V.	Softbälle und leichte Chiffontücher für eine Gymnastikgruppe	100,00 €	
3.	Stadt. KiTa Jöllenbeck	Einrichtung einer Bibliothek für Kinder - Anschaffung eines Bücherwandregals	495,00 €	
4.	Ehrenpreis Jöllenbeck		300,00 €	
5.	Glauchau	reservierte Mittel	400,00 €	
6.	Kultur Jöllenbeck	600 € Puppentheater + 600 € Gagen Vereine Treffpunkt Marktplatz	1.200,00 €	

Derzeit liegen 2 weitere Anträge auf Sondermittel vor:

- CVJM Posaunenchor –
Bewirtung Posaunenchor aus Esslingen – beantragt
- Förderverein der GS Dreekerheide e.V. –
Schulfest – ohne Angabe eines gewünschten Zuschusses

Herr Jung (CDU) erinnert daran, dass der letzte Antrag des Fördervereins der GS Dreekerheide Jahre zurück liegt.

Herr Bartels berichtet, dass der Förderverein mit 3 Fahrzeugen und Anhängern in die Gemeinde Steinhagen gefahren ist, um dort alte Schulmöbel abzuholen. Das, was Steinhagen aussortiert, ist offenbar noch viel besser als die Ausstattung in der GS Dreekerheide.

Die Bezirksvertretungsmitglieder einigen sich darauf, dem CVJM 250 € und dem Förderverein der GS Dreekerheide e.V. ebenfalls 250 € aus Sondermitteln zukommen zu lassen.

Herr Bezirksamtsleiter Hansen berichtet, dass er mit Herrn Timo Schade in Glauchau telefoniert hat. Er ist der Referent des Oberbürgermeisters. Herr Schade möchte möglichst zeitnah wissen, wie viele Personen aus Bielefeld nach Glauchau fahren. Herr Schade würde dann nach einem geeigneten Zeitpunkt nach den Sommerferien schauen.

Nach einer Abfrage werden nach den Sommerferien voraussichtlich 6 Reisende (plus/minus) mitfahren.

Herr Jung berichtet aus der Arbeitsgruppe noch, dass das Verfahren zur Vergabe von Sondermitteln wie in den vergangenen Jahren beibehalten werden soll. Wenn Anträge eingehen, soll in der darauf folgenden Sitzung entschieden werden.

Frau Thöne (SPD) fragt, ob eine angedachte Deckelung auf 600 € eingeführt werden soll. Das wird verneint. Es soll nach Einzelfall entschieden werden.

Die Bezirksvertretung fasst folgenden

Beschluss:

Die in der Arbeitsgruppe vorgesehenen Sondermittel werden beschlossen.

Weiterhin werden beschlossen:

- CVJM Posaunenchor –
Bewirtung Posaunenchor aus Esslingen **250 €**
- Förderverein der GS Dreekerheide e.V. –
Schulfest **250 €**

bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen

-.-.-

**Zu Punkt 15 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der
Verwaltung zum Sachstand**

**Zu Punkt 15.1 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der
Verwaltung zum Sachstand – Sicherung der neuen Fuß- und
Radquerung an der Deliusstraße durch einen Spiegel**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5328/2020-2025

Am 19.01.2023 fasste die Bezirksvertretung folgenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die neue Fuß- und Radquerung an der Deliusstraße in Fahrtrichtung Jöllender Straße mit einem Spiegel zu versehen.

Hierzu teilt das Amt für Verkehr folgendes mit:

Die Verwaltung hat die Problematik vor Ort in Augenschein genommen. Für Fahrzeugführende aus Richtung Vilsendorfer Str. kommend sind die Sichtverhältnisse an der Fuß- und Radfahrerquerung nach links in Richtung Wörheider Weg bedingt durch den vorhandenen Zaun und den Bewuchs auf dem Grundstück der Firma Delius unzureichend. Um die Sichtverhältnisse zu verbessern wird dort ein Verkehrsspiegel mit Blickrichtung nach links zum Wörheider Weg aufgestellt. Die Sichtverhältnisse nach rechts in Richtung Im Langen Siek sind ausreichend, um herannahende Fußgänger und Radfahrer wahr zu nehmen.

-.-.-

**Zu Punkt 15.2 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der
Verwaltung zum Sachstand – Verkehrssituation in der Orch-
ideenstraße verbessern**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0961/2020-2025

Am 12.03.2021 fasste die Bezirksvertretung folgenden Beschluss:

Die Bezirksvertretung bittet die Verwaltung:

- Die Orchideenstraße als Anliegerstraße auszuweisen
- Den „Trichter“ der Einmündung in die Straße „Blackenfeld“ durch geeignete Maßnahmen zu verkleinern, um die Querung der Straße für Fußgänger zu erleichtern.

Hierzu teilt das Amt für Verkehr folgendes mit:

Wiederholt wird die Verwaltung gebeten, in der Orchideenstraße ein Durchfahrverbot mit dem Zusatz „Anlieger frei“ einzurichten.

Mittlerweise wurde die Thematik „Durchfahrverbote i. V. m. Freigaben für den Anliegerverkehr“ über die Bezirksregierung Detmold in der bundesweiten Verkehrsingenieursbesprechung (VIB) angesprochen.

Demnach ist eine zwingende verkehrliche Notwendigkeit erforderlich (§ 45 Abs. 9 StVO), da der fließende Verkehr eingeschränkt wird. Insofern werden an die **straßenverkehrsrechtliche** Anordnung solcher Zeichenkombinationen hohe Anforderungen gestellt. Daher ist hier die Vorlage einer konkreten Gefahrenlage erforderlich, z. B. erhöhte Unfallzahlen. Diese liegen in der Orchideenstraße nicht vor. Die Störung der Anwohner durch den Abkürzungsverkehr von der Vilsendorfer Straße und dem Backenfeld sowie zurück fällt nicht unter eine Gefahrenlage und vor allem nicht unter eine konkrete bzw. gesteigerte Gefahrenlage. Aus straßenverkehrlicher Sicht ist daher die gewünschte Beschilderung nicht aufzustellen.

Daneben sind aber auch **straßenrechtliche** Belange (Widmung) zu beachten, da der Gemeingebrauch der Straße auf den Anliegerverkehr beschränkt wird. Das Straßenverkehrsrecht berechtigt jedoch nicht zu dauerhaften Maßnahmen, die die straßenrechtliche Widmung einschränken. Deshalb ist entweder von vornherein die Widmung der Straße zu beschränken oder im Nachhinein eine Teileinziehung gemäß § 7 Straßen- und Wegegesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NRW) durch die Straßenbaubehörde zu veranlassen. Für eine Teileinziehung müssen „überwiegende Gründe des öffentlichen Wohls“ vorliegen (vgl. § 7 Absatz 3 StrWG NRW). Diese liegen hier auch nicht vor.

Auf Grund dieser klarstellenden Aussage der Bezirksregierung Detmold als höhere Straßenverkehrsbehörde ist die Einrichtung von „Anliegerstraßen“ ohne eine vorherige Klärung bzw. Anpassung des Widmungsstatus nicht möglich.

Möglich dagegen ist die „Verengung“ des Einmündungstrichters durch eine beidseitige Sperrmarkierung (s. Anlage). Diese wird, sobald es die Witterungsverhältnisse zulassen, aufgebracht.



Zu Punkt 15.3 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand - Festlegung des Ausbaustandards für die verkehrliche Erschließung „Wohnen zwischen den Straßen Blackenfeld und Heidbreite“ (B-Plan Nr. II/V 6)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4293/2020-2025

Am 28.08.2022 fasste die Bezirksvertretung folgenden Beschluss:

Die Bezirksvertretung Jöllenbeck beschließt:

- a) Der Anlage der neuen Erschließungsstraßen innerhalb des Plangebietes entsprechend dem beigefügten Lageplan einschließlich der Querschnitte wird zugestimmt. **Darüber hinaus werden die Straßen mit dem Regelprofil A und B wechselseitig mit Baumscheiben ausgestattet.**
- b) Der Errichtung der Straßenbeleuchtung in den Erschließungsstraßen im Zuge des Straßenbaus in Form von LED-Leuchten auf einem 5 m Mast wird zugestimmt. **Die Lichtfarbe der LED-Leuchtmittel orientiert sich an den Vorgaben des Biosphärenreservats Rhön, um eine möglichst insektenfreundliche Beleuchtung zu realisieren.**

Hierzu teilt das Amt für Verkehr folgendes mit:

Die Verwaltung kommt zu folgendem Ergebnis:

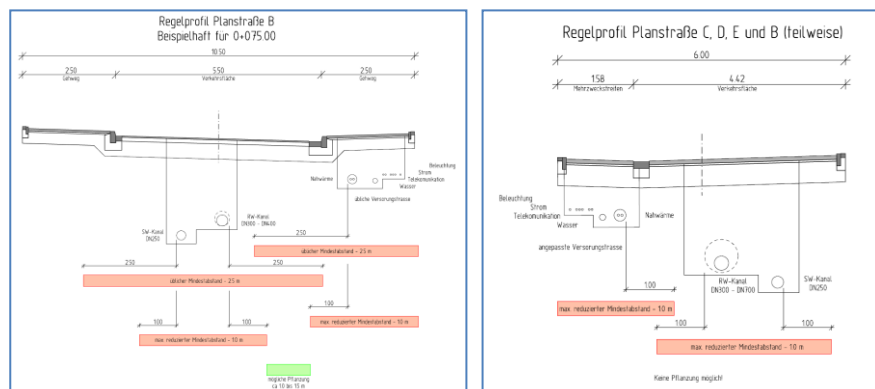
- a) Ein nachträgliches Setzen von Baumscheiben im öffentlichen Verkehrsraum ist nicht möglich, um die Mindestabstände zwischen Wurzeln und Versorgungsleitungen einhalten zu können (s. auch Querschnitt zur Verdeutlichung). Zusätzlich weisen wir darauf hin, dass im B-Plan Bäume auf den privaten Grundstücken im gesamten Plangebiet festgesetzt (je 400 m² = mind. 1 Baum, s. Ziffer 9.2.3) sind. Begründet durch die örtlichen Gegebenheiten (Wohngebiet, Straßenquerschnitt, Nutzerverhalten, Ortslage usw.) sind die typischen Voraussetzungen für eine Tempo-30-Zone erfüllt. Folglich wird dieser Bereich nach Fertigstellung als solche beschildert.
- b) Die Hinweise werden aufgenommen und an den Erschließungsträger zur Berücksichtigung weitergegeben.

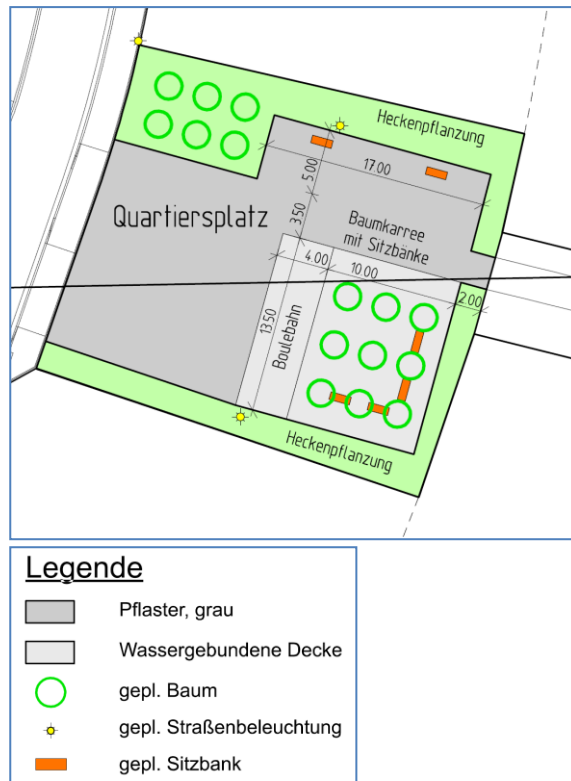
Die Verwaltung ergänzt den Beschluss, dass auch der Quartiersplatz als öffentliche Verkehrsfläche ausgewiesen wurde. Dadurch erhöhen sich die jährlichen Unterhaltungskosten um ca. 2.000 €/Jahr. Der Finanzbedarf für die Straßenunterhaltung und Entwässerung wird jährlich insgesamt auf (32.500,00 € + 2.000 € =) 34.500 € angepasst. Die Betriebs- und Unterhaltungskosten für die Straßenbeleuchtung bleiben bei jährlich ca. 5.500 €.

Quartiersplatz:

Der Quartiersplatz ist am Ende der Planstraße A und am westlichen Ende des Ost-West-Grünzuges im Wohngebiet vorgesehen. Er soll als Treffpunkt sowohl für die Bewohner als auch der Bestandsgebiete im Umfeld sowie als Fest- und Veranstaltungsort dienen (z. B. Weihnachtsmarkt). Daher wird eine Platzgestaltung vorgesehen, die Sitzmöglichkeiten bietet als auch Flächen schafft, die sich frei bespielen und nutzen lassen. Die Fläche soll mit einer Heckenpflanzung umgeben und mit Baumpflanzungen versehen werden. Die südliche Baumgruppe erhält eine wassergebundene Bodenbefestigung mit Sitzgelegenheiten, die im Hochsommer Schattenplätze bietet. Neben dieser Baumpflanzung wird die wassergebundene Befestigung erweitert, um sie als Boulebahn nutzen zu können. Die Restfläche wird mit Pflaster befestigt, um die Möglichkeit für festliche Aktivitäten (z. B. Marktstände) zu schaffen.

Abbildungen:





Zu Punkt 15.4 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand – Ampelanlage an der Vilsendorfer Straße in Höhe der Bierwelle mit Geschwindigkeitssensoren ausstatten

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5481/2020-2025

Am 09.02.2023 fasste die Bezirksvertretung folgenden Beschluss:

Die BV Jöllenbeck beschließt, die Ampelanlage an der Vilsendorfer Straße in Höhe der Bierwelle in beide Fahrtrichtungen mit Geschwindigkeitssensoren auszustatten. Wird schneller als 50 km/h gefahren, schaltet die Ampelanlage auf „Rot“. Eine entsprechende Beschilderung weist auf die geänderte Ampelschaltung hin.

Hierzu teilt das Amt für Verkehr folgendes mit:

Bei Anordnung, Planung, Bau und Betrieb von Lichtsignalanlagen (LSA) sind die Richtlinien für Lichtsignalanlagen (RiLSA) zu beachten und einzuhalten. Das Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen hat im Einführungserlass der RiLSA 2010 auf geschwindigkeitsabhängige LSA-Schaltungen wie folgt hingewiesen:

“Die Anordnung einer Lichtzeichenanlage zur Herabsetzung der Geschwindigkeit oder zur Durchsetzung der tatsächlichen Fahrgeschwindigkeit auf das zulässige Niveau ist nicht zulässig. Lichtsignalanlagen dürfen daher weder zum Zweck der Geschwindigkeitsbegrenzung noch als Ersatz für eine notwendige Geschwindigkeitsüberwachung angeordnet werden.“

Hintergrund dieser Vorgabe ist, dass es an geschwindigkeitsabhängig geschalteten LSA häufiger zu Rotlichtverstößen kommt, weil Autofahrer*Innen bei Annäherung an eine LSA aufgrund der Annahme, rechtzeitig Grün zu bekommen, nicht abbremsten und ggf. nicht mehr rechtzeitig anhalten können, wenn ihr Signal aufgrund einer Fußgängeranforderung in Rot bleibt.

Das Amt für Verkehr hat damit keine rechtliche Grundlage, eine geschwindigkeitsabhängige Steuerung der Fußgänger-LSA Vilsendorfer Straße / Bierwelle anzuordnen.

-.-.-

Zu Punkt 15.5 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand - Aufnahme der Straße Rodeland in den Schulwegplan

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3848/2020-2025

Am 28.04.2022 fasste die Bezirksvertretung folgenden Beschluss:

Die Verwaltung wird aufgefordert, den Schulwegplan zur Grundschule Theesen im Bereich „Untere Wende“ und „Am Johannisbach“ derart anzupassen, dass dieser über die Straßen „Rodeland“ und „Theesener Straße“ geführt wird statt über den Horstheider Weg.

Hierzu teilt das Amt für Schule mit, dass die Straße Rodeland in den Schulwegplan eingearbeitet und auf der Internetseite der Stadt Bielefeld einsehbar ist.

-.-.-

Zu Punkt 15.6 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand - Mehrklasse in der Grunschule Theesen

In der Sitzung am 09.02.2023 stellten die Fraktionen CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie die Vertreter der Parteien FDP und Die Linke folgenden Antrag:

Dem Schul- und Sportausschuss wird empfohlen zu beschließen,

die Räumlichkeiten des Gemeindehauses der Versöhnungskirchengemeinde Jöllenbeck in Theesen (gegenüber der Grundschule) für eine vorübergehende schulische Nutzung vorzubereiten, um Platz für eine Mehrklasse im kommenden Schuljahr im ersten Jahrgang zu schaffen.

Hierzu teilt das Amt für Schule folgendes mit:

Die Vorlage „Schüleranmeldeverfahren an den Grundschulen zum Schuljahr 2023/24; hier: Anmeldezahlen und Festlegung von Aufnahmekapazitäten“ (Drucksachen-Nr. 5283/2020-2025) wurde in der Sondersitzung des Schul- und Sportausschusses am 02.02.23 abschließend behandelt und beschlossen.

In Ziffer 3 dieses Beschlusses wird die Verwaltung ermächtigt, unter Berücksichtigung der kommunalen Klassenrichtzahl Änderungen der Festlegung in Abstimmung mit der Schulaufsicht vorzunehmen, wenn die Anmelde- oder Schulsituation dies noch erfordert.

Diese Ermächtigung wird das Amt für Schule – falls erforderlich – wahrnehmen.

-.-.-

Michael Bartels
Bezirksbürgermeister

Andrea Strobel
Schriftführerin